

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2004

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

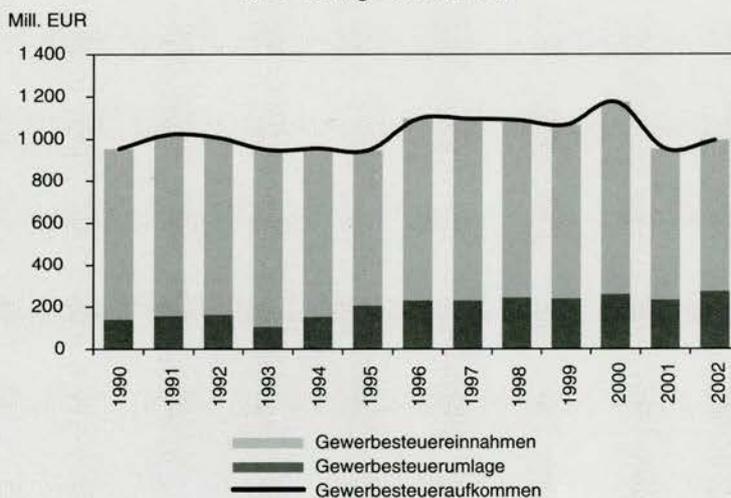
September

Oktober

November

Dezember

Gewerbesteueraufkommen, Gewerbesteuereinnahmen
und -umlage 1990-2002



Inhalt

Wie entwickelten sich die Einnahmen der Kommunen aus Realsteuern?

- 1 Die Steuern sind neben den laufenden Zuweisungen und den übrigen laufenden Einnahmen, wie Gebühren und Entgelte, für die Kommunen eine bedeutende Einnahmequelle zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben. Auf die Realsteuern entfallen knapp 50% der kommunalen Steuereinnahmen.
-

Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

- 8 Mit der Einrichtung von Forschungsdatenzentren intensiviert die deutsche amtliche Statistik ihre bisherigen Bemühungen, Mikrodaten der amtlichen Statistik für wissenschaftliche Analysen zugänglich zu machen. Hierdurch haben sich neue Formen und Wege zur Nutzung von Mikrodaten ergeben.
-

Kurzbeiträge

- 12 Unternehmensinsolvenzen in den ersten drei Quartalen 2003 – Anstieg im Jahresverlauf deutet nicht auf Entspannung hin –
-

Anhang

- 1* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
10* Daten zur Konjunktur Deutschland/Rheinland-Pfalz
12* Neuerscheinungen im Dezember

Gewerbsteuer ist mit Abstand die ergiebigste Realsteuereinnahme für die Kommunen

Die Realsteuern, das heißt die Grund- und Gewerbesteuern, haben an den Steuereinnahmen der Gemeinden mit 1 116 Mill. Euro einen Anteil von 49%. Die Einnahmen der einzelnen Gemeinden werden maßgeblich durch die Höhe der Hebesätze beeinflusst, die seitens der Gemeinden festgelegt werden. Für das Jahr 2002 errechnet sich ein gewogener durchschnittlicher Hebesatz von 369% für die Gewerbsteuer, von 333% für die Grundsteuer B und von 280% für die Grundsteuer A. Die Streuung der Hebesätze unter den Gemeinden ist dabei zum Teil erheblich.

Verglichen mit 1990 ist der Durchschnittswert gestiegen, und zwar besonders deutlich bei der Grundsteuer B (+14,4%) und etwas abgeschwächt bei der Grundsteuer A (+10,2%), während der Durchschnittshebesatz bei der Gewerbsteuer lediglich um 3,9% gewachsen ist. Da die Gewerbsteuerhebesätze einen Standortfaktor darstellen, hat die im Jahr 2002 vorgenommene Anpassung der Gewerbsteuerhebesätze durch die Gemeinden im Durchschnitt zu einer Absenkung geführt. Der Hebesatz liegt nunmehr bei 369%, das sind zwei Prozentpunkte weniger als im Jahr 2001.

Auch die Festlegung des Vervielfältigers für die Gewerbesteuerumlage beeinflusst die für die Kommunen verbleibenden Einnahmen. Im Gesamtdurchschnitt verblieben den Kommunen vom Aufkommen des Jahres 2002 nach Abführung der Gewerbesteuerumlage 72,3% als Einnahme.

Die Gewerbsteuer ist mit 718 Mill. Euro die ergiebigste Realsteuer. Nach dem starken Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2001 (-21,3%) verringerten sie sich 2002 nur geringfügig (-0,1%). Mit großem Abstand hinsichtlich der Einnahmehöhe folgten die Grundsteuer B mit 379 Mill. Euro und die Grundsteuer A mit 18 Mill. Euro. Die Höhe der Gewerbesteuereinnahmen liegt heute deutlich unter dem Niveau in den 90er-Jahren (mit Ausnahme des Jahres 1995). Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen und Änderungen von Steuergesetzen dürften hierauf Einfluss genommen haben. Je Einwohner vereinnahmten die Gemeinden im Jahr 2002 Gewerbesteuer in Höhe von 177 Euro. Deutlich mehr waren es in den kreisfreien Städten mit 310 Euro je Einwohner.

Weil die Gemeinden durch eine Veränderung des Hebesatzes das Aufkommen beeinflussen können, lässt sich aus dem Realsteuer-Istaufkommen einer Gemeinde nicht unmittelbar eine Aussage über ihre Steuerkraft ableiten. Die Realsteueraufbringungskraft gibt an, wie das Realsteuer-Istaufkommen in den einzelnen Gemeinden gewesen wäre, wenn sie bei jeder der ein-

zelnen Realsteuern den gewogenen landesdurchschnittlichen Hebesatz angewandt hätten.

Im Durchschnitt ergibt sich für die Gemeinden im Jahr 2002 eine Gewerbesteueraufbringungskraft von 245 Euro je Einwohner. Das Ergebnis dieser Berechnungen zeigt für die Gewerbesteueraufbringungskraft der kreisfreien Städte einen niedrigeren Wert an als für das Istaufkommen, während sich für die kreisangehörigen Gemeinden ein höherer Wert ergibt. Seit 1990 ist die Gewerbesteueraufbringungskraft der rheinland-pfälzischen Gemeinden gesunken.

Nach der Gewerbsteuer ist die Grundsteuer B die bedeutendste Realsteuer, die darüber hinaus seit 1990 ein kontinuierliches Wachstum aufweist und damit eine verlässlich kalkulierbare Einnahmequelle für die Gemeindehaushalte ist. Die Realsteueraufbringungskraft für die Grundsteuer B ist – bezogen auf die Einwohnerzahl – in den kreisfreien Städten niedriger als die Einnahmen, bei den kreisangehörigen Gemeinden ist das Verhältnis umgekehrt. Dies ist auf die im Schnitt höheren Hebesätze in den kreisfreien Städten zurückzuführen.

Mehr über dieses Thema auf Seite 1.

Forschungsdatenzentren bieten neue Wege und Formen der Nutzung amtlicher Mikrodaten

Die Komplexität des wirtschaftlichen und sozialen Wandels sowie die Fortschritte in Wissenschaft und Informationstechnik haben den Datenbedarf moderner Gesellschaften grundlegend verändert. Als Schnittstelle zwischen amtlicher Statistik und der Wissenschaft ermöglichen Forschungsdatenzentren der statistischen Ämter einen verbesserten und geregelten Zugang zu amtlichen Mikrodaten. Dies bedeutet, dass unter strenger Beachtung der gesetzlichen Auflagen zum Datenschutz transparente, für alle nachvollziehbare Verfahren zur Nutzung von besonders sensiblen Daten bereitgestellt werden. Unter dem Namen „Campus-File“ werden ab dem Wintersemester 2003/2004 vermehrt auch Datenbestände mit der Zielrichtung Lehre angeboten. Die unterschiedlichen Zugangswege zur Nutzung von Mikrodaten resultieren aus verschiedenen Kombinationen von Datenanonymisierung und Zugriffsregulierung.

Mehr über dieses Thema auf Seite 8.

Baugewerbe steckt weiter in der Krise

Im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind innerhalb eines Jahres gut 3 700 Stellen abgebaut worden. Nach den Ergebnissen der jährlichen Erhebung im

kurz + aktuell

Juni 2003 waren noch etwas mehr als 40 000 Menschen in dieser Branche beschäftigt. Die Zahl der Betriebe hat sich binnen Jahresfrist um 92 auf 3 746 reduziert.

Im Bauhauptgewerbe zeigt sich die Krise der Branche auch im baugewerblichen Umsatz des Geschäftsjahres 2002. Er lag mit rund 4 Mrd. Euro um 7,4% unter dem des Jahres 2001. Auch das laufende Jahr brachte keine Erholung. Im Juni beispielsweise lag der Umsatz bei 346 Mill. Euro, das waren 8,3% weniger als im gleichen Vorjahresmonat.

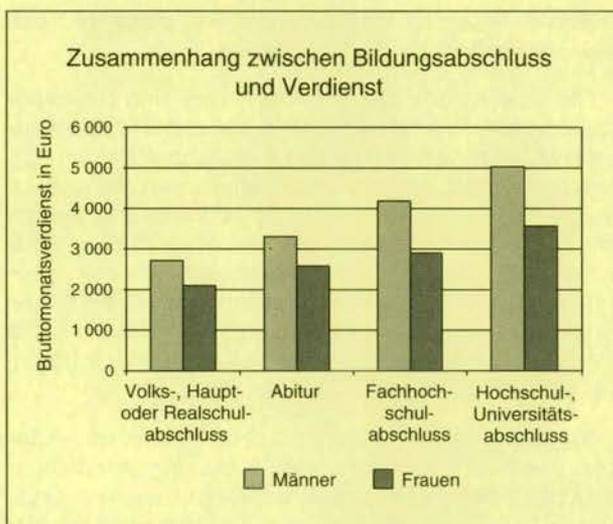
Auch das Ausbaugewerbe in Rheinland-Pfalz leidet unter der Krise der Baubranche. Die Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten, die das Statistische Landesamt einmal jährlich befragt, reduzierten die Zahl der Arbeitsplätze von Juni 2002 bis Juni 2003 um rund 1 800 auf 19 000. Der Umsatz im Geschäftsjahr 2002 lag bei 1,67 Mrd. Euro und damit um fast 6% unter dem von 2001.

Ausbildung lohnt sich: Bildungsabschluss beeinflusst Verdiensthöhe

Eine gute Ausbildung macht sich bezahlt. Das zeigen Berechnungen zur Gehalts- und Lohnstrukturerhebung. Bei Frauen und bei Männern gibt es von Qualifikationsstufe zu Qualifikationsstufe erhebliche Sprünge im Bruttoeinkommen – allerdings bei Frauen auf einem deutlich niedrigeren Niveau.

Vollzeitbeschäftigte Männer mit Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss, aber ohne abgeschlossene Berufsausbildung verdienten im Oktober 2001 in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 2 314 Euro brutto. Eine abgeschlossene Berufsausbildung erhöht das Verdienstniveau um 21% auf 2 799 Euro. Männer, die vor der Berufsausbildung das Abitur abgelegt hatten, erreichten mit 3 354 Euro brutto einen nochmals um 20% höheren Durchschnittsverdienst. Dieser Zusammenhang zwischen Ausbildung und Entlohnung stellt sich bei Frauen ähnlich dar, allerdings erreicht ihr Durchschnittsverdienst lediglich 78% des Verdienstniveaus der Männer.

Ein Fachhochschul- oder ein Universitätsabschluss wirkt sich deutlich auf das erreichbare Verdienstniveau aus; der Abstand zwischen Männern und Frauen ist hier jedoch noch größer. Ein Grund dafür ist, dass Frauen mit vergleichbarer Ausbildung wesentlich seltener Führungspositionen in Unternehmen erreichen als Männer. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Männer mit Universitätsabschluss lag bei 5 032 Euro, Frauen mit Universitätsabschluss erhielten im Durchschnitt 3 563 Euro brutto.



249 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen im Jahr 2002

Im Jahr 2002 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz 249 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. Dabei wurden insgesamt 259 m³ wassergefährdender Stoffe freigesetzt, von denen jedoch etwa zwei Drittel wiedergewonnen werden konnten, so dass letztlich 88 m³ in der Natur verblieben. Obwohl in 41 Fällen ein Oberflächen-gewässer und in 13 Fällen das Grundwasser verunreinigt wurde, führte kein Unfall zu einer unmittelbaren Beeinträchtigung der Versorgung mit Trinkwasser.

Zu den Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen zählt auch das Auslaufen von Treibstoffen aus den Betriebsstofftanks von Fahrzeugen, die in einen Verkehrsunfall verwickelt sind. Bei 139 Unfällen dieser Art traten durchschnittlich 155 l Mineralölprodukte aus, deren umweltschädigende Wirkung in den meisten Fällen durch das Aufbringen von Bindemitteln abgeschwächt werden konnte.

Art des Unfalls	Unfälle	Freigesetzte Menge wassergefährdender Stoffe	
		insgesamt	darunter nicht wiedergewonnen
	Anzahl	m ³	
Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	103	116	19
darunter in Lageranlagen	72	112	18
Beförderung von wassergefährdenden Stoffen	146	143	69
darunter in Betriebsstofftanks	139	22	2
Insgesamt	249	259	88

Wie entwickelten sich die Einnahmen der Kommunen aus Realsteuern?

Die Steuern sind neben den laufenden Zuweisungen und den übrigen laufenden Einnahmen, wie Gebühren und Entgelte, für die Kommunen eine bedeutende Quelle zur Finanzierung der Aufgaben. Die Steuern tragen etwa ein Drittel zu den Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung bei. Im Jahr 2002 beliefen sich die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände auf 2 262 Mill. Euro. Damit setzte sich die seit dem Jahr 2000 zu beobachtende rückläufige Entwicklung weiter fort, die auch im ersten Halbjahr 2003 anhielt. An diesen Steuereinnahmen haben die Realsteuern mit 1 116 Mill. Euro einen Anteil von 49%.

Die Realsteuer ist eine Objekt- oder Sachsteuer. Unterschieden werden

- die Grundsteuer A für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft,
- die Grundsteuer B für bebaute und unbebaute Grundstücke,
- die Gewerbesteuer auf den Gewerbeertrag der Gewerbebetriebe. (Dies sind die gewerblichen Unternehmen im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Bis 1997 war auch noch das Gewerbekapital steuerpflichtig.¹⁾)

Die Grund- und Gewerbesteuern bilden eine der wichtigsten Steuerquellen der Gemeinden und sind von ganz erheblicher Bedeutung für ihre Steuerkraft. Die Einnahmen sind für die einzelnen Gemeinden jedoch insofern nicht vergleichbar, als den Gemeinden gemäß Artikel 106 Abs. 6 Satz 2 Grundgesetz das Recht einzuräumen ist, die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuern im Rahmen der Gesetze selbst festzulegen.

Hebesatzniveau langfristig gestiegen

Für das Jahr 2002 errechnet sich ein gewogener durchschnittlicher Hebesatz von 369% für die Gewerbesteuer, von 333% für die Grundsteuer B und von 280% für die Grundsteuer A. Verglichen mit 1990 ist der Durchschnittswert gestiegen, und zwar besonders deutlich bei der Grundsteuer B (+14,4%) und etwas abgeschwächt bei der Grundsteuer A (+10,2%), während der Durchschnittshebesatz bei der Gewerbesteuer lediglich um 3,9% gewachsen ist.

Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich allerdings einige gravierende Verschiebungen, denn heute haben wesentlich mehr Gemeinden einen höheren Hebesatz als 1990. Dies wird an der Streuung der Realsteuerhebesätze nach Hebesatzgruppen deutlich. Im Jahr 1990 hatten 59,7% der Gemeinden einen Hebesatz bei der Grundsteuer A von höchstens 250%, heute sind es nur noch 4,1%. Eine ähnliche Verlagerung hin zu den höheren Hebesatzgruppen hat bei der Grundsteuer B stattgefunden, denn 1990 hatten noch

62,9% der Gemeinden einen Hebesatz von höchstens 275%, heute sind es nur noch 3,6%. Bei der Gewerbesteuer ist die Konzentration auf die oberen Hebesatzgruppen besonders ausgeprägt. Im Jahr 1990 hatten drei Viertel der Gemeinden einen Gewerbesteuerhebesatz zwischen 301% und 325%, heute liegt das Schwergewicht in den beiden darüber liegenden Hebesatzgruppen.

Gewerbesteuerhebesatz 2002 im Durchschnitt der Gemeinden abgesenkt

Da die Gewerbesteuerhebesätze jedoch einen Standortfaktor darstellen und für die Ansiedlung oder den Verbleib eines Betriebes am Ort mitentscheidend sein können, sind einer Erhöhung recht enge Grenzen gesetzt. Die im Jahr 2002 vorgenommene Anpassung der Gewerbesteuerhebesätze durch die Gemeinden hat zu einer durchschnittlichen Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes geführt. Er liegt nunmehr bei 369%, das sind zwei Punkte weniger als im Jahr 2001. Der Bundesdurchschnitt liegt aktuell bei 386%.

Hinter dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt verbirgt sich eine erhebliche Spannweite der Gewerbesteuerhebesätze, die von 260% in der Gemeinde Peterswald-Löffelscheid im Landkreis Cochem-Zell bis 900% in der Gemeinde Dierfeld im Landkreis Bernkastel-Wittlich reicht. Hebesätze von unter 300% setzten drei Gemeinden fest, 500% und mehr haben fünf Gemeinden.

In den kreisfreien Städten liegen die Hebesätze über dem Durchschnitt, während die Gemeinden in den Landkreisen ihren Gewerbetreibenden niedrigere Sätze bieten. Koblenz und Ludwigshafen haben als Einzige unter den kreisfreien Städten im vergangenen Jahr ihren Gewerbesteuerhebesatz gesenkt, und zwar von 420 auf 395% bzw. von 390 auf 360%. Pirmasens hat ihn geringfügig auf 390% angehoben, während alle übrigen kreisfreien Städte den Gewerbesteuerhebesatz unverändert ließen.

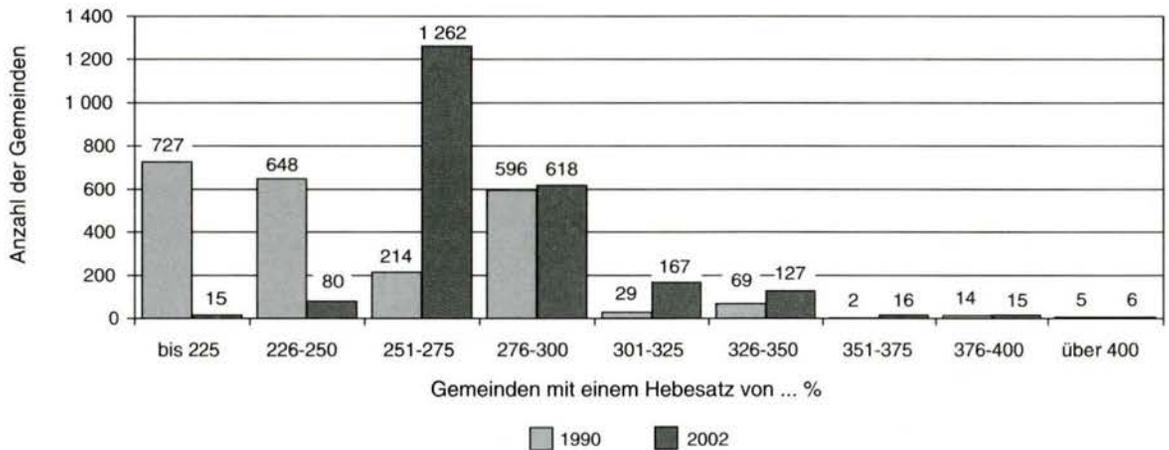
Gewerbesteuereinnahmen weiterhin rückläufig

Die Gewerbesteuer ist mit Einnahmen in Höhe von 718 Mill. Euro die ergiebigste Realsteuer, mit großem Abstand gefolgt von der Grundsteuer B mit 379 Mill. Euro und der Grundsteuer A mit 18 Mill. Euro. Nach dem starken Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2001 (-21,3%) verringerten sie sich 2002 nur geringfügig (-0,1%). Die rückläufige Tendenz setzte sich auch im ersten Halbjahr 2003 fort; verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum war abermals ein Rückgang um 1,2% zu beobachten.

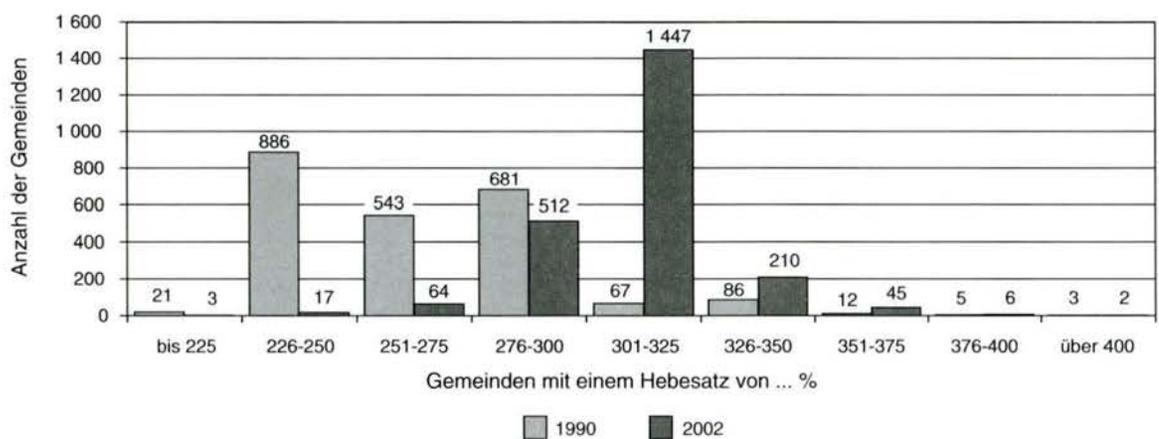
Das Niveau der Gewerbesteuereinnahmen liegt heute deutlich unter dem in den 90er-Jahren. Mit Ausnahme von 1995, als die Gewerbesteuereinnahmen auf 740 Mill. Euro sanken, bewegten sie sich in den 90er-Jahren innerhalb der Bandbreite von 804 Mill. Euro bis 865 Mill. Euro. Auch das Jahr 2000 war ein Ausnahme-

¹⁾ Die Lohnsummensteuer wurde bis 1979 als Sonderform der Gewerbesteuer erhoben, die an die Lohnsumme inländischer Betriebe anknüpfte. Besteuerungsgrundlage war die Lohn- und Gehaltssumme, die an die Arbeitnehmer der in der jeweiligen Gemeinde liegenden Betriebsstätte gezahlt worden war.

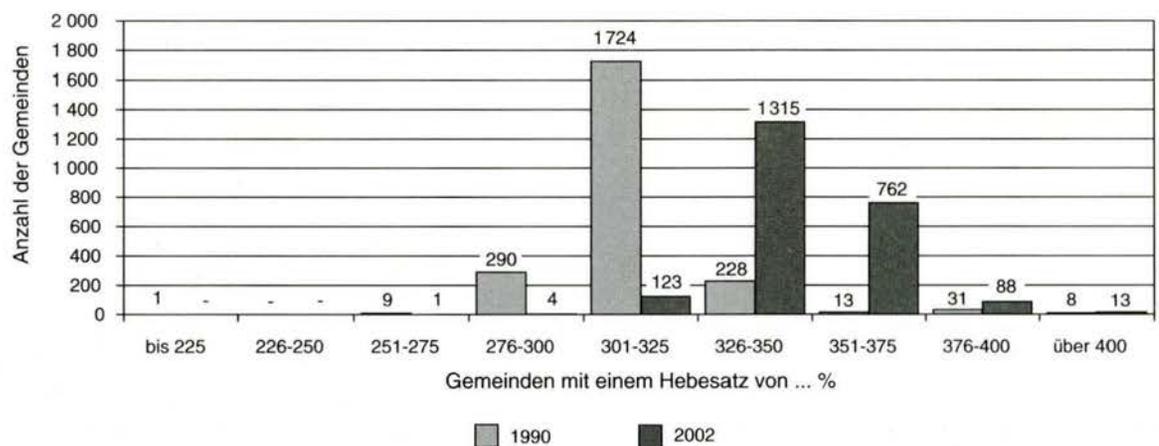
Streuung der Hebesätze der Grundsteuer A



Streuung der Hebesätze der Grundsteuer B



Streuung der Hebesätze der Gewerbesteuer



jahr, denn hier stiegen die Einnahmen auf den bisherigen Höchstwert von 913 Mill. Euro. Ursachen dafür können neben der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Einfluss auf die Ertragslage der Gewerbebetriebe hat, auch Änderungen der Steuergesetze sein, die Auswirkungen auf die Höhe der zu zahlenden Gewerbesteuer haben.

Die Aufstellung der kommunalen Haushalte wird sehr durch die Tatsache erschwert, dass die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen relativ un stetig verläuft. Jahren mit hohen Zuwächsen, wie zum Beispiel 1996 (+16,9%) und 2000 (+10,5%), folgen Jahre mit starken Rückgängen.

Gewerbesteuerumlage mindert Einnahmen

Beeinflusst wird die Einnahmesituation bei der Gewerbesteuer auch dadurch, dass die Gemeinden seit 1970 einen Teil des Gewerbesteueraufkommens als Gewerbesteuerumlage an Bund und Land abführen müssen. Für die Höhe der Gewerbesteuerumlage maßgeblich ist der so genannte Grundbetrag (fiktiver Messbetrag, der sich aus dem Gewerbesteueraufkommen und dem Hebesatz ableitet) und die Festsetzung eines Vervielfältigers, mit dem dieser multipliziert wird.

Nach der ursprünglichen Fassung des Gemeindefinanzreformgesetzes betrug der Vervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage 120%. Er ist im Laufe der Zeit bis 1993 auf 39% gesunken, seither ist er aber nahezu kontinuierlich angehoben worden und lag im Jahr 2002 bei 102%. Für 2003 ist er abermals auf 114% angepasst worden.

Wird der Vervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage erhöht, wie beispielsweise im Jahr 2002 von 91% auf 102%, sinkt der für die Kommunen verbleibende Anteil am Gewerbesteueraufkommen, so dass, wie 2002 zu beobachten, die Gewerbesteuereinnahmen für die Gemeinden leicht zurückgingen, obwohl sich das Aufkommen um 4,3% erhöht hatte.

Der Anteil der Gewerbesteuerumlage ist im Übrigen umso höher, je niedriger der Hebesatz einer Gemeinde ist. Da die kreisfreien Städte in der Regel höhere Hebesätze festlegen, verbleibt ihnen durchschnittlich ein größerer Anteil (2002: 74%) als den kreisangehörigen Gemeinden (71,1%). Im Gesamtdurchschnitt verblieben den Kommunen vom Aufkommen des Jahres 2002 nach Abführung der Gewerbesteuerumlage 72,3% als Einnahme.

Gegenüber früheren Jahren hat sich für die Kommunen der nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verbleibende Teil verringert. 1990 machten die Einnahmen noch 85,4% des Gewerbesteueraufkommens aus. Auch seinerzeit ergab sich für die kreisfreien Städte mit 86,8% eine günstigere Relation als für die kreisangehörigen Gemeinden mit 83,8%. Die Verringerung des Anteils in den letzten Jahren ist eine direkte Folge der Anhebung des Vervielfältigers für die Gewerbesteuerumlage.

Mit der Einführung der Gewerbesteuerumlage ist die Steuerbasis der Gemeinden insofern wesentlich verbreitert worden, als den Gemeinden ein Anteil an dem Aufkommen aus der Einkommensteuer nach der Höhe der Einkommensteuerleistungen ihrer Einwohner eingeräumt worden ist. Diese Beteiligung an der Einkommensteuer hat insgesamt gesehen zu einer deutlichen Verbesserung der kommunalen Steuereinnahmen geführt, denn der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat sich seither zu einer nahezu stetig wachsenden Einnahmequelle entwickelt, die im Jahr 2002 zuletzt 959 Mill. Euro einbrachte.

Seit dem Wegfall der Besteuerung des Gewerbekapitals erhalten die Kommunen als Kompensation seit 1998 einen Anteil an der Umsatzsteuer. Im Jahr 2002 erzielten die Kommunen daraus Einnahmen in Höhe von 115 Mill. Euro.

Gewerbesteuereinnahmen von 177 Euro je Einwohner

Je Einwohner vereinnahmten die Gemeinden im Jahr 2002 Gewerbesteuer in Höhe von 177 Euro. Deutlich mehr sind es in den kreisfreien Städten mit 310 Euro je Einwohner. Hier verbucht Ludwigshafen mit 561 Euro je Einwohner die höchsten Gewerbesteuereinnahmen, gefolgt von Koblenz und Mainz mit 391 bzw. 390 Euro je Einwohner. Am unteren Ende der Skala rangieren Zweibrücken (147 Euro je Einwohner), Neustadt (151 Euro) und Trier (153 Euro).

Von den kreisangehörigen Gemeinden erhielten die Gemeinden im Landkreis Mainz-Bingen mit 347 Euro je Einwohner die höchsten Gewerbesteuern. Die Gemeinden im Landkreis Bernkastel-Wittlich mussten mit deutlich weniger auskommen, nämlich 186 Euro je Einwohner. Am niedrigsten waren die Gewerbesteuereinnahmen in den kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Alzey-Worms und Trier-Saarburg mit 71 bzw. 72 Euro je Einwohner.

Im Jahr 2002 hatten 14 Gemeinden überhaupt keine Gewerbesteuereinnahmen, wobei es sich ausschließlich um Gemeinden mit weniger als 200 Einwohnern handelt. Weitere 224 Gemeinden hatten negative Gewerbesteuereinnahmen, das heißt sie mussten den Ge-



Gewerbesteuer der Gemeinden 2002 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Hebesatz	Auf- kommen	Einnahmen			Realsteueraufbringungskraft	
			insgesamt	Anteil am Aufkommen	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner
	%	1 000 EUR		%	EUR	1 000 EUR	EUR
Kreisfreie Stadt Koblenz	395	56 783	42 120	74,2	390,52	53 045	491,82
Landkreise							
Ahrweiler	335	15 372	10 702	69,6	82,16	16 915	129,85
Altenkirchen (Ww.)	355	25 980	18 517	71,3	134,70	27 001	196,41
Bad Kreuznach	366	27 393	19 777	72,2	125,28	27 596	174,82
Bad Kreuznach, St.	380	13 053	9 561	73,2	221,01	12 675	293,00
Birkenfeld	369	19 797	14 327	72,4	159,40	19 821	220,52
Idar-Oberstein, St.	380	11 384	8 328	73,2	250,39	11 054	332,35
Cochem-Zell	339	8 086	5 656	69,9	85,83	8 799	133,55
Mayen-Koblenz	363	36 159	26 002	71,9	122,41	36 753	173,02
Andernach, St.	380	6 088	4 456	73,2	151,90	5 912	201,50
Mayen, St.	380	9 336	6 830	73,2	345,92	9 065	459,15
Neuwied	359	42 352	30 321	71,6	163,94	43 486	235,12
Neuwied, St.	395	13 007	9 648	74,2	144,25	12 151	181,67
Rhein-Hunsrück-Kreis	352	17 609	12 510	71,0	118,28	18 471	174,64
Rhein-Lahn-Kreis	357	20 804	14 886	71,6	115,04	21 488	166,07
Lahnstein, St.	380	7 060	5 165	73,2	274,81	6 856	364,77
Westerwaldkreis	339	47 692	33 344	69,9	164,47	51 908	256,04
Kreisfreie Stadt Trier	370	21 128	15 304	72,4	153,22	21 071	210,97
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	345	30 133	21 266	70,6	186,48	32 235	282,66
Bitburg-Prüm	332	23 568	16 318	69,2	169,82	26 226	272,93
Daun	334	16 346	11 354	69,5	176,86	18 067	281,41
Trier-Saarburg	334	14 239	9 888	69,4	71,53	15 751	113,95
Kreisfreie Städte							
Frankenthal (Pfalz)	385	11 826	8 693	73,5	181,89	11 335	237,16
Kaiserslautern	405	23 401	17 507	74,8	175,74	21 321	214,02
Landau in der Pfalz	420	11 927	9 026	75,7	219,58	10 478	254,91
Ludwigshafen am Rhein	360	127 036	91 042	71,7	560,73	130 212	801,97
Mainz	440	94 182	72 349	76,8	389,56	78 984	425,29
Neustadt an der Weinstraße	390	11 035	8 149	73,8	151,28	10 440	193,83
Pirmasens	390	14 317	10 573	73,8	236,89	13 546	303,51
Speyer	405	16 929	12 665	74,8	253,10	15 424	308,23
Worms	400	27 364	20 386	74,5	252,52	25 244	312,68
Zweibrücken	400	7 053	5 254	74,5	146,73	6 508	181,75
Landkreise							
Alzey-Worms	356	12 514	8 924	71,3	71,05	12 985	103,38
Bad Dürkheim	362	17 172	12 330	71,8	91,65	17 514	130,18
Donnersbergkreis	358	13 905	9 948	71,5	126,29	14 315	181,74
Germersheim	359	14 688	10 510	71,6	84,46	15 117	121,49
Kaiserslautern	344	13 305	9 367	70,4	85,09	14 254	129,48
Kusel	348	10 185	7 205	70,7	92,05	10 789	137,83
Südliche Weinstraße	350	17 355	12 301	70,9	111,91	18 303	166,51
Rhein-Pfalz-Kreis	343	17 581	12 352	70,3	83,52	18 911	127,86
Mainz-Bingen	364	94 496	68 115	72,1	346,59	95 690	486,91
Bingen am Rhein, St.	390	14 891	10 996	73,8	446,58	14 089	572,18
Ingelheim am Rhein, St.	360	61 845	44 322	71,7	1 780,73	63 391	2 546,85
Südwestpfalz	349	13 271	9 390	70,8	89,30	14 040	133,53
Rheinland-Pfalz	369	992 982	718 380	72,3	177,39	994 046	245,45
kreisfreie Städte	393	422 980	313 068	74,0	310,15	397 608	393,90
Landkreise	353	570 002	405 312	71,1	133,31	596 438	196,17
darunter große kreisangehörige Städte	373	136 664	99 306	72,7	380,78	135 193	518,39

Die zwölf Gemeinden mit den höchsten
Gewerbsteuereinnahmen je Einwohner
im Jahr 2002

Gemeinde	Landkreis	Ein- wohner	EUR je Einwohner
Wiebelsheim	Rhein-Hunsrück-Kreis	504	2 967
Weinsheim	Bitburg-Prüm	1 005	2 287
Ingelheim am Rhein	Mainz-Bingen	24 890	1 781
Windhagen	Neuwied	4 272	1 651
Almersbach	Altenkirchen (Ww.)	471	1 337
Lautzenhausen	Rhein-Hunsrück-Kreis	399	1 308
Pittenbach	Bitburg-Prüm	97	1 240
Schwohlen	Birkenfeld	482	1 008
Rehe	Westerwaldkreis	968	991
Mittelbrunn	Kaiserslautern	699	950
Longuich	Trier-Saarburg	1 271	937
Kirchheimbolanden	Donnersbergkreis	8 037	910

Übrige Gemeinden unter 834 Euro/Einwohner.

werbsteuerpflichtigen zu viel gezahlte Steuer erstatten. Überwiegend waren es kleinere Beträge, lediglich in zwei Fällen waren fast 200 Euro je Einwohner fällig.

Die höchsten Gewerbesteuereinnahmen je Einwohner, nämlich 2 967 Euro, flossen 2002 in die Kassen der Gemeinde Wiebelsheim im Rhein-Hunsrück-Kreis. Weitere sieben Gemeinden erzielten mehr als 1 000 Euro je Einwohner, darunter auch Ingelheim als größte Gemeinde mit 1 781 Euro je Einwohner.

Hohe Gewerbesteueraufbringungskraft in den Großstädten

Weil die Gemeinden durch eine Veränderung des Hebesatzes das Einkommen beeinflussen können, lässt sich aus dem Realsteuer-Istaufkommen einer Gemeinde nicht unmittelbar eine Aussage über ihre Steuerkraft ableiten. Ziel der im Rahmen des Realsteuer-

gleichs durchgeführten Berechnungen ist es, aus dem Realsteuer-Istaufkommen mit Hilfe der jeweils angewandten Hebesätze so genannte Grundbeträge zu ermitteln, so dass vergleichbare Angaben über die Grundlagen für die Besteuerung vorliegen. An diese Grundbeträge werden dann landesdurchschnittliche Hebesätze angelegt. Das Ergebnis dieser Berechnung, nämlich die Realsteueraufbringungskraft, gibt an, wie hoch das Realsteuer-Istaufkommen in den einzelnen Gemeinden gewesen wäre, wenn sie alle bei jeder der einzelnen Realsteuern den gewogenen landesdurchschnittlichen Hebesatz angewandt hätten.

Im Durchschnitt ergibt sich für die Gemeinden im Jahr 2002 eine Gewerbesteueraufbringungskraft von 245 Euro je Einwohner. Die kreisfreien Städte liegen mit 394 Euro je Einwohner deutlich darüber, die kreisangehörigen Gemeinden bleiben mit 196 Euro unter dem Durchschnittswert. Die Gewerbesteueraufbringungskraft der Großstädte ist jedoch mehr als doppelt so hoch wie die der kleineren kreisfreien Städte. Auch die verbandsfreien Gemeinden, hier insbesondere die in der Größenklasse zwischen 20 000 und 50 000 Einwohnern, verfügen über eine recht hohe Gewerbesteueraufbringungskraft. Bei den Ortsgemeinden geht mit abnehmender Einwohnerzahl auch die Gewerbesteueraufbringungskraft zurück.

Das Ergebnis dieser Berechnungen zeigt für die Gewerbesteueraufbringungskraft der kreisfreien Städte einen niedrigeren Wert an als für das Istaufkommen, während sich für die kreisangehörigen Gemeinden ein höherer Wert ergibt. Die Reihenfolge unter den kreisfreien Städten ändert sich durch die Berechnung der Realsteueraufbringungskraft für die Gewerbesteuer zwar nicht, die Unterschiede in der Steuerkraft treten jedoch deutlicher hervor. Der Abstand der gewerbesteuerstärksten kreisfreien Stadt Ludwigshafen zum nächstplatzierten Koblenz ist größer geworden. Auch der Abstand zwischen Koblenz und Mainz, die bei den Ein-

Realsteueraufbringungskraft der Gemeinden 1990 und 2002
nach Gebietskörperschaftsgruppen und Gemeindegrößenklassen

Gebietskörperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse nach der Zahl der Einwohner	Grundsteuer A		Grundsteuer B		Gewerbesteuer	
	1990	2002	1990	2002	1990	2002
	EUR je Einwohner					
Kreisfreie Städte	1,15	1,30	75,26	117,39	458,53	393,90
100 000 - 200 000	0,40	0,68	78,32	121,87	644,21	575,17
50 000 - 100 000	1,77	1,60	73,60	115,54	324,54	243,40
20 000 - 50 000	1,78	2,29	71,32	109,49	269,88	247,24
Kreisangehörige Gemeinden darunter	5,62	5,56	50,99	86,00	182,90	196,17
verbandsfreie Gemeinden	2,15	2,12	67,11	106,04	297,90	349,71
50 000 - 100 000	0,76	0,63	69,58	107,75	271,86	181,67
20 000 - 50 000	1,78	1,70	69,07	106,31	316,68	527,17
10 000 - 20 000	2,36	2,67	68,31	107,46	306,73	282,14
5 000 - 10 000	3,20	2,61	57,27	97,52	252,41	219,81
Ortsgemeinden	6,59	6,49	46,52	80,57	151,03	154,49
10 000 - 20 000	1,96	2,16	60,71	107,33	343,99	338,75
5 000 - 10 000	2,43	2,52	61,81	97,41	259,80	237,98
3 000 - 5 000	4,36	5,35	55,92	94,05	167,62	200,93
1 000 - 3 000	6,79	6,68	44,91	77,17	138,95	134,11
unter 1 000	10,00	10,16	34,62	63,42	81,27	77,52
Rheinland-Pfalz	4,45	4,50	57,37	93,83	255,38	245,45

Grundsteuern der Gemeinden 2002 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Grundsteuer A				Grundsteuer B			
	Hebe- satz	Einnahmen		Realsteuer- aufbrin- gungskraft	Hebe- satz	Einnahmen		Realsteuer- aufbrin- gungskraft
		insgesamt	je Einwohner			insgesamt	je Einwohner	
	%	1 000 EUR	EUR	%	1 000 EUR	EUR		
Kreisfreie Stadt Koblenz	300	71	0,66	0,61	360	15 375	142,55	131,86
Landkreise								
Ahrweiler	260	358	2,75	2,96	299	11 042	84,76	94,39
Altenkirchen (Ww.)	288	361	2,62	2,55	320	10 895	79,26	82,55
Bad Kreuznach	279	864	5,47	5,49	324	13 335	84,47	86,89
Bad Kreuznach, St.	270	90	2,09	2,17	330	5 018	116,00	117,05
Birkenfeld	311	343	3,81	3,43	336	7 493	83,36	82,53
Idar-Oberstein, St.	300	16	0,47	0,43	350	3 466	104,20	99,14
Cochem-Zell	270	523	7,94	8,22	304	4 886	74,16	81,28
Mayen-Koblenz	294	719	3,39	3,23	317	17 988	84,68	89,04
Andernach, St.	260	29	1,00	1,08	320	2 958	100,82	104,91
Mayen, St.	300	40	2,01	1,88	340	2 110	106,88	104,67
Neuwied	267	299	1,62	1,69	318	18 024	97,45	102,12
Neuwied, St.	270	41	0,61	0,63	340	7 359	110,02	107,76
Rhein-Hunsrück-Kreis	277	677	6,40	6,47	314	8 866	83,82	88,95
Rhein-Lahn-Kreis	269	510	3,94	4,11	318	10 024	77,47	81,17
Lahnstein, St.	280	15	0,81	0,81	330	1 900	101,08	102,00
Westerwaldkreis	266	488	2,41	2,54	313	16 805	82,89	88,10
Kreisfreie Stadt Trier	330	67	0,67	0,57	370	12 153	121,68	109,51
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	299	1 172	10,28	9,63	308	8 729	76,54	82,88
Bitburg-Prüm	315	991	10,31	9,16	315	6 659	69,30	73,33
Daun	287	436	6,79	6,62	321	4 189	65,24	67,68
Trier-Saarburg	305	1 010	7,31	6,72	318	9 207	66,61	69,85
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	280	90	1,88	1,88	350	5 527	115,64	110,02
Kaiserslautern	260	36	0,37	0,39	360	14 066	141,19	130,60
Landau in der Pfalz	275	213	5,17	5,27	375	4 177	101,62	90,24
Ludwigshafen am Rhein	290	102	0,63	0,61	370	23 575	145,19	130,68
Mainz	248	131	0,70	0,80	400	24 177	130,18	108,38
Neustadt an der Weinstraße	270	215	3,99	4,14	350	6 097	113,18	107,68
Pirmasens	275	27	0,60	0,61	365	6 493	145,49	132,73
Speyer	280	28	0,56	0,56	360	6 470	129,29	119,60
Worms	260	250	3,10	3,34	360	9 351	115,83	107,14
Zweibrücken	260	50	1,41	1,52	360	3 945	110,16	101,90
Landkreise								
Alzey-Worms	271	1 847	14,70	15,19	322	9 778	77,85	80,58
Bad Dürkheim	271	995	7,40	7,64	315	12 209	90,74	96,05
Donnersbergkreis	297	625	7,94	7,49	321	5 948	75,52	78,33
Germersheim	269	422	3,39	3,53	318	9 986	80,25	83,98
Kaiserslautern	268	302	2,74	2,87	312	9 767	88,72	94,67
Kusel	267	295	3,77	3,95	309	4 723	60,34	64,97
Südliche Weinstraße	267	1 213	11,04	11,59	313	8 564	77,91	82,79
Rhein-Pfalz-Kreis	266	528	3,57	3,76	305	13 974	94,48	103,03
Mainz-Bingen	284	1 511	7,69	7,59	327	16 413	83,52	84,99
Bingen am Rhein, St.	300	80	3,25	3,03	360	2 838	115,26	106,62
Ingelheim am Rhein, St.	270	91	3,67	3,80	320	2 562	102,92	107,10
Südwestpfalz	267	449	4,27	4,49	313	8 538	81,20	86,28
Rheinland-Pfalz	280	18 219	4,50	4,50	333	379 449	93,70	93,83
kreisfreie Städte	272	1 279	1,27	1,30	369	131 405	130,18	117,39
Landkreise	281	16 940	5,57	5,56	316	248 043	81,58	86,00
darunter große kreisangehörige Städte	279	402	1,54	1,55	336	28 211	108,17	107,06

nahmen je Einwohner nahezu gleich liegen, wird zu Gunsten von Koblenz größer, so dass Koblenz gegenüber Mainz als gewerbesteuerstärker zu bezeichnen ist.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den großen kreisangehörigen Städten. Die Reihenfolge ist unverändert, der Abstand von Ingelheim, der gewerbesteuerstärksten Stadt, zu Bingen ist jedoch größer geworden. Neuwied ist nach Andernach die gewerbesteuerschwächste große kreisangehörige Stadt in Rheinland-Pfalz.

Seit 1990 ist die Gewerbesteuerertragskraft der rheinland-pfälzischen Gemeinden gesunken. Zurückzuführen ist dies auf die Entwicklung in den kreisfreien Städten, die eine deutliche Einbuße zu verzeichnen haben, während die kreisangehörigen Gemeinden einen geringen Zuwachs verbuchen können. Verglichen mit 1990 zeigen sich in den einzelnen Gemeindegroßenklassen zum Teil gravierende Veränderungen, die eine Folge der Gewerbeansiedlungspolitik sein können bzw. durch die wirtschaftliche Entwicklung der ortsansässigen Gewerbebetriebe beeinflusst worden sind. Auch Steuerrechtsänderungen, die durchaus unterschiedliche Auswirkungen auf die Höhe der Gewerbesteuerzahlungen der gewerblichen Unternehmen abhängig von der örtlichen Wirtschaftsstruktur haben, können dazu beigetragen haben.

Wachsende Einnahmen aus der Grundsteuer B

Nach der Gewerbesteuer ist die Grundsteuer B die bedeutendste Realsteuer, die darüber hinaus seit 1990 ein kontinuierliches Wachstum aufweist und damit eine verlässlich kalkulierbare Einnahmequelle für die Gemeindehaushalte ist. Im Jahr 2002 waren die Einnahmen aus der Grundsteuer B um 77,2% höher als 1990. Auch im ersten Halbjahr 2003 setzte sich eine leicht positive Entwicklung fort.

Die Gemeinden können durch die Erschließung eines neuen Baugebietes, in selteneren Fällen durch eine Änderung des Bebauungsplans (Ausweisung einer größeren bebaubaren Fläche bzw. Änderung der Art der Bebauung) oder durch eine Anpassung der Hebesätze das Aufkommen bestimmen. Im Landesdurchschnitt beläuft sich der Hebesatz für die Grundsteuer B auf 333%. Höhere Hebesätze werden vor allem in den kreisfreien Städten angewandt. Hier reicht die Spanne von 350% in Frankenthal und Neustadt bis 400% in Mainz. Fast zwei Drittel der kreisangehörigen Gemeinden haben einen Hebesatz zwischen 301% und 325%. Hier reicht die Spanne von 900% in der Gemeinde Dierfeld im Land-

kreis Bernkastel-Kues bis 200% in Niederweiler im Rhein-Hunsrück-Kreis.

Die kreisfreien Städte vereinnahmten im Jahr 2002 insgesamt 131 Mill. Euro, auf die kreisangehörigen Gemeinden entfielen 248 Mill. Euro. Im Vergleich zu 1990 haben vor allem die kreisangehörigen Gemeinden ihre Einnahmen aus der Grundsteuer B steigern können. Dennoch ist die von den Bürgern der kreisfreien Städte zu zahlende Grundsteuer B mit 130 Euro je Einwohner deutlich höher als in den kreisangehörigen Gemeinden mit 82 Euro je Einwohner. Von den kreisfreien Städten verzeichnen Pirmasens und Ludwigshafen, dicht gefolgt von Koblenz und Kaiserslautern, die höchsten Einnahmen je Einwohner.

Die Realsteuereinkaufskraft für die Grundsteuer B ist – bezogen auf die Einwohnerzahl – in den kreisfreien Städten niedriger als die Einnahmen, bei den kreisangehörigen Gemeinden ist das Verhältnis umgekehrt. Dies ist auf die im Schnitt höheren Hebesätze in den kreisfreien Städten zurückzuführen. Die kreisfreien Städte verfügen über eine Realsteuereinkaufskraft für die Grundsteuer B von 117 Euro je Einwohner, die kreisangehörigen Gemeinden kommen auf lediglich 86 Euro je Einwohner. Seit 1990 hat sich die Realsteuereinkaufskraft für die Grundsteuer B um 63,6% verbessert. Günstiger verlief die Entwicklung für die Ortsgemeinden, hier vor allem für die kleineren.

Grundsteuer A bringt im Durchschnitt weniger als 5 Euro je Einwohner

Mit 18 Mill. Euro ist die Grundsteuer A die aufkommensschwächste Realsteuer. Aufgrund ihres Charakters hat sie für die kreisfreien Städte eine geringere Bedeutung als für die kreisangehörigen Gemeinden. Deutlich wird das auch an den je Einwohner erzielten Einnahmen, die in den kreisfreien Städten bei gut 1 Euro und in den kreisangehörigen Gemeinden bei fast 6 Euro liegen. Die höchsten Werte werden in den Gemeinden im Landkreis Alzey-Worms registriert, in denen auch die Steuerkraft dank der dort vorherrschenden landwirtschaftlichen Betriebsstruktur weit überdurchschnittlich ist.

Seit 1990 haben sich die Einnahmen aus der Grundsteuer A um 9,8% erhöht, wobei die Schwankungen in den einzelnen Jahren recht gering waren. Insbesondere für die kreisfreien Städte errechnet sich ein hoher Zuwachs.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Der folgende – in Teilen hier gekürzt wiedergegebene – Beitrag wurde unter dem gleichnamigen Titel in ungekürzter Fassung in der Monatszeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“, Ausgabe 10/2003 veröffentlicht. Von den Autoren Dr. Sylvia Zühlke, Markus Zwick, Sebastian Scharnhorst und Thomas Wende sind Dr. Sylvia Zühlke und Sebastian Scharnhorst in der Geschäftsstelle des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter tätig, die im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen angesiedelt ist. Markus Zwick und Thomas Wende sind Mitarbeiter im Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes.

Die Komplexität des wirtschaftlichen und sozialen Wandels sowie die Fortschritte in Wissenschaft und Informationstechnik haben den Datenbedarf moderner Gesellschaften grundlegend verändert. Die zur Analyse und Gestaltung moderner Gesellschaften erforderlichen Daten müssen insbesondere Informationen über Teilgruppen der Gesellschaft liefern sowie Analysen des wirtschaftlichen und sozialen Wandels auf der Basis von Längsschnittdaten erlauben. Aufgrund des geänderten Informationsbedarfs ist die Veröffentlichung von Ergebnissen in Form von Tabellen heute nicht mehr ausreichend. Vielmehr entspricht es den methodischen und inhaltlichen Erfordernissen, statistische Daten entsprechend dem wissenschaftlichen Datenbedarf bereitzustellen. Dazu gehört auch, Zugangsmöglichkeiten zu anonymisierten und nicht anonymisierten Mikrodaten zu schaffen, mit denen differenziertere Analysen durchgeführt werden können.

Vor diesem Hintergrund wurde in den letzten Jahren in Deutschland intensiv über den Zugang der Wissenschaft zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik diskutiert. Durch die „Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik“ (KVI) wurden dafür im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und Statistik erarbeitet. Eine der zentralen institutionellen Empfehlungen dieser Kommission bestand in der möglichst raschen Einrichtung von Forschungsdatenzentren bei den Datenproduzenten.

Diese Empfehlung wurde von der amtlichen Statistik aufgegriffen. Im Jahr 2001 hat das Statistische Bundesamt ein solches Forschungsdatenzentrum etabliert. Ein weiteres Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter wurde im März 2002 als eine gemeinsame Einrichtung aller Statistischen Landesämter mit 16 regionalen Standorten eingerichtet. Mit diesen Forschungsdatenzentren intensiviert die deutsche amtliche Statistik ihre bisherigen Bemühungen, Mikrodaten der amtlichen Statistik für wissenschaftliche Analysen zugänglich zu machen.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, die neuen Formen und Wege der Nutzung amtlicher Mikrodaten, die sich aus der Einrichtung der Forschungsdatenzentren ergeben haben, vorzustellen.

Rahmenbedingungen für die Nutzung von Mikrodaten der amtlichen Statistik

Die Nutzung von Mikrodaten der amtlichen Statistik durch die Wissenschaft wurde in Deutschland sehr stark von der Entwicklung des Gesetzes über die

Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) beeinflusst. Sofern die Übermittlung von Einzelangaben nicht explizit in anderen Gesetzen geregelt war, wurden in der Vergangenheit nur für wenige Projekte formal anonymisierte Mikrodaten zur Verfügung gestellt. Formal anonymisiert bedeutet, dass aus dem Originaldatenmaterial direkte Identifikatoren wie etwa Name, Anschrift oder z. B. Sozialversicherungsnummer gelöscht wurden, es aber darüber hinaus unverändert ist.

Als die Nachfrage nach Mikrodaten mit der Fortentwicklung der Informationstechnik schnell anstieg, wurden die allgemeinen Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes über die Datenübermittlung mit der Novellierung des BStatG im Jahr 1980 für den speziellen Bereich der Statistik konkretisiert und präzisiert. Mit der Einführung der so genannten Weiterleitungsvorschrift des § 11 Abs. 5 BStatG 1980 wurde die Weitergabe von Mikrodaten in absolut anonymisierter Form an die Nutzer vorgesehen. Bei Anwendung dieser Möglichkeit innerhalb konkreter Projekte zeigte sich allerdings, dass die Anforderungen an ein solchermaßen absolut anonymisiertes Datenmaterial so restriktiv waren, dass es in der Folgezeit nur zu wenigen Datennutzungen kam. Absolut anonymisierte Mikrodaten konnten nur zu relativ hohen Kosten zur Verfügung gestellt werden.

Sowohl die informationelle Selbstbestimmung als auch die Wissenschaftsfreiheit sind als Grundrechte im Grundgesetz verankert. Damit ist der Gesetzgeber aufgerufen, für einen angemessenen Ausgleich dieser Grundrechte Sorge zu tragen. Bei der Novellierung des Bundesstatistikgesetzes im Jahr 1987, mit der das Recht der amtlichen Statistik an die Anforderungen des Volkszählungsurteils von 1983 angepasst werden sollte, wurde dem Rechnung getragen, als nunmehr der Wissenschaft auch Daten übermittelt werden konnten, die eine Deanonymisierung zwar nicht mit Sicherheit ausschließen, aber Betroffenen nur zugeordnet werden können, wenn der Datenempfänger einen unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft erbringt. Die Einführung des Begriffs der faktischen Anonymität für die Weitergabe von Mikrodaten an die Wissenschaft erlaubte es nun, im Rahmen des so genannten Wissenschaftsprivilegs unter bestimmten Voraussetzungen Mikrodaten an die Wissenschaft zu liefern, die ein Restrisiko der Deanonymisierung aufwiesen. In der Folgezeit konkretisierten verschiedene Projekte die Ausgestaltung faktisch anonymisierter Mikrodatensätze.

Während hierdurch und durch weitere Aktivitäten außerhalb der amtlichen Statistik, insbesondere für sozialwissenschaftliche Fragestellungen, eine neue

Datenbasis geschaffen wurde, konnten im Bereich der Wirtschaftswissenschaften aufgrund der größeren Schwierigkeiten bei der Anonymisierung von Betriebs- und Unternehmensdaten zunächst keine vergleichbaren Fortschritte erzielt werden. Der fehlende Datenzugang, insbesondere zu den Unternehmens- und Betriebsdaten, wurde seitens der Wissenschaft thematisiert. Hierbei wurde z. B. gefordert, den Zugang zu schwer anonymisierbaren Mikrodaten innerhalb der Räumlichkeiten der Datenproduzenten zu ermöglichen. Die Diskussion über den Mikrodatenzugang der Wissenschaft gewann im Jahr 1999 eine neue Dynamik, die auch von der Politik aufgegriffen wurde.

In der Folge erarbeitete die „Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik“ (KVI) eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Kooperation von Wissenschaft und Statistik. Diese reichen von der Mitwirkung der Datennutzer bei der Aufstellung der Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme über die Perspektiven einer modernen Aus- und Weiterbildung in der Statistik bis zu den verschiedenen Möglichkeiten für den Zugang der Wissenschaft zu den Mikrodaten der öffentlichen Datenproduzenten. Eine wesentliche institutionelle Forderung bezieht sich auf die Einrichtung von Forschungsdatenzentren bei den Datenproduzenten und auf die Einrichtung von Servicezentren. Eine Reihe von Forschungsdaten- und Servicezentren konnten ihre Arbeit bereits aufnehmen. Hierzu zählen auch die beiden Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik. Zwar sind diese zwei voneinander unabhängige Einrichtungen, gleichwohl stimmen sie ihre Arbeit eng untereinander ab, um der Wissenschaft ein gemeinsames Angebot für einen verbesserten Datenzugang zu unterbreiten.

Ziele und Aufgaben der Forschungsdatenzentren

Das wesentliche Ziel der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder besteht darin, den Zugang der Wissenschaft zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik durch die Einrichtung unterschiedlicher Datennutzungswege zu erleichtern. Eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung dieses Ziels besteht in der grundsätzlichen Verbesserung der Dateninfrastruktur durch den Aufbau einer fachlich zentralisierten Datenhaltung für ausgewählte Statistiken und durch die Einrichtung eines Metadateninformationssystems.

In Deutschland wird der überwiegende Teil der Statistiken dezentral in den statistischen Landesämtern durchgeführt, so dass dort über 90% aller Mikrodaten der amtlichen Statistik erhoben, aufbereitet und gespeichert werden. Da sich wissenschaftliche Analysen in der Regel jedoch auf mehrere Bundesländer oder das gesamte Bundesgebiet beziehen, planen die statistischen Landesämter den Aufbau einer fachlich zentralisierten Datenhaltung. Dadurch wird es möglich sein, die Mikrodaten der amtlichen Statistik länderübergreifend an allen regionalen Standorten der Forschungsdatenzentren zu nutzen.

Damit wissenschaftliche Nutzer die Mikrodaten der amtlichen Statistik analysieren und interpretieren können, benötigen sie zudem umfassende Informationen über die Datensätze sowie über die Erhebung, die Auf-

bereitung und die Qualität der Daten. Hierfür werden die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ein internetbasiertes Metadateninformationssystem entwickeln, in dem sich die Nutzer über die Erhebungen der amtlichen Statistik informieren können.

Möglichkeiten der Datennutzung

Um der Wissenschaft den Zugang zum gesamten Informationspotenzial der amtlichen Statistik zu öffnen, richten die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unterschiedliche Zugangswege zur Nutzung ihrer Mikrodaten ein. Sie resultieren aus verschiedenen Kombinationen von Datenanonymisierung und Zugriffsregulierung:

1. Absolut anonymisierte Mikrodatensätze

Absolut anonymisierte Daten werden durch Aggregation oder durch die Entfernung einzelner Merkmale so weit verändert, dass eine Identifizierung der Auskunftgebenden nach menschlichem Ermessen unmöglich gemacht wird. Die amtliche Statistik bietet absolut anonymisierte Mikrodaten in Form so genannter Public Use Files (PUF) an. Diese können allen interessierten Personen zur Verfügung gestellt werden.

Bislang wurden solche Datensätze für die Sozialhilfestatistik sowie für die Zeitbudgeterhebung erstellt. Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder arbeiten verstärkt an einer Ausweitung dieses Angebots. Eine weitere Hauptzielrichtung der Public Use Files liegt im Bereich der Hochschullehre. Die Forschungsdatenzentren entwickeln derzeit so genannte Campus-Files, die an Hochschulen zu Lehrzwecken eingesetzt werden können. Diese Datensätze sollen Studentinnen und Studenten schon frühzeitig die Möglichkeit bieten, die Besonderheiten der Analyse von amtlichen Mikrodaten kennen zu lernen. Es ist geplant, einen ersten Campus-File des Mikrozensus 1998 noch im laufenden Semester zur Verfügung zu stellen.

2. Faktisch anonymisierte Mikrodatensätze

Eine absolute Datenanonymisierung birgt den Nachteil, dass damit auch ein erheblicher Teil der statistischen Information verloren geht. Dagegen werden Mikrodaten als faktisch anonym bezeichnet, wenn die Deanonymisierung zwar nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann, die Angaben jedoch nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft dem jeweiligen Merkmalsträger zugeordnet werden können. Diese Regelung geht zurück auf den § 16 Abs. 6 BStatG. Nach Maßgabe des Bundesstatistikgesetzes können faktisch anonymisierte Daten allerdings nur wissenschaftlichen Einrichtungen und nur zur Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben zugänglich gemacht werden.

Die Hauptzielrichtung der faktischen Anonymisierung besteht darin, durch behutsame Informationsreduktion und Informationsveränderungen die Zuordnungsmöglichkeiten von Merkmalsausprägungen zu den entsprechenden Merkmalsträgern zu verringern, dabei jedoch

den statistischen Informationsgehalt zu schonen. Hierfür müssen für jede einzelne Erhebung der Aufwand und der Nutzen einer Deanonymisierung analysiert werden. Dabei können unterschiedliche Anonymisierungsverfahren zur Anwendung kommen.

Faktische Anonymität resultiert allerdings nicht allein aus dem realen Informationsgehalt der Daten, sondern auch aus den bestehenden Möglichkeiten zur Deanonymisierung. Wann ein Mikrodatensatz als faktisch anonym bezeichnet werden kann, hängt daher insbesondere davon ab, unter welchen Rahmenbedingungen die Daten verarbeitet werden. So ist von entscheidender Bedeutung, welches Zusatzwissen vorliegt und wo die Datennutzung stattfindet. Abhängig davon, ob die Mikrodaten extern oder in den statistischen Ämtern genutzt werden, kann die faktische Anonymität mit mehr oder minder starken Informationseinbußen erreicht werden.

Ein immer wieder deutlich vorgetragener Wunsch der Wissenschaft ist es, Mikrodaten in anonymisierter Form am eigenen Arbeitsplatz zu nutzen. Die faktische Anonymisierung der Mikrodaten ermöglicht diese Übermittlung nicht vollständig anonymisierter Mikrodaten zur externen (Off-Site-)Nutzung in wissenschaftlichen Einrichtungen. Da jedoch allein durch die Herausgabe dieser Daten ein höheres Deanonymisierungsrisiko besteht als bei der Nutzung in einem statistischen Amt, ist die Datenanonymisierung relativ stark ausgeprägt. Die für diese Nutzungsform erzeugten Datensätze werden als Scientific Use Files (SUF) bezeichnet.

Die amtliche Statistik bietet im Bereich der personenbezogenen Daten mit dem Mikrozensus, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der Zeitbudgeterhebung bereits ein breites Datenspektrum als Scientific Use File an. Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind bestrebt, dieses Angebot sukzessive zu erweitern. So laufen zurzeit Projekte zur Anonymisierung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik und der Diagnosestatistik. Im kommenden Jahr soll darüber hinaus mit der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung erstmals auch ein so genannter Employer-Employee-Datensatz zur standardmäßigen Anonymisierung herangezogen werden. Mit dem Projekt „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“ versucht die amtliche Statistik gemeinsam mit den wissenschaftlichen Nutzern auch in diesem Bereich anonymisierte Standardfiles zu entwickeln.

3. Projektbezogene faktische Anonymisierung zur On-Site-Nutzung

Bei geringer Nachfrage nach einzelnen Statistiken und bei schwer zu anonymisierenden Mikrodaten wird es in vielen Fällen nicht sinnvoll sein, in einem aufwändigen Verfahren standardisierte Scientific Use Files zu erstellen. Hier ist eine projektbezogene Anonymisierung der Daten sinnvoller. Dies hat den praktischen Vorteil, dass dabei nicht die gesamten Ergebnisse einer Statistik anonymisiert werden, sondern lediglich die daraus benötigten Merkmale.

Die projektbezogene Anonymisierung erzeugt ebenfalls eine faktische Datenanonymität. Diese Daten können jedoch nur in den Räumlichkeiten der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und

der Länder an so genannten Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen ausgewertet werden. Da die Mikrodaten dabei in den Räumlichkeiten der amtlichen Statistik verbleiben und kaum mit Zusatzinformationen kombiniert werden können, hat diese Nutzungsform einen weiteren wesentlichen Vorteil: Faktische Anonymität wird hier bereits bei wesentlich geringeren Veränderungen im Datenmaterial erreicht als bei der Erstellung von Scientific Use Files für die Off-Site-Nutzung und folglich verbleiben mehr Informationen im Datenmaterial.

Um die Attraktivität dieser so genannten On-Site-Nutzung von Mikrodaten zusätzlich zu erhöhen und die regionale Erreichbarkeit dieser Nutzungsform zu gewährleisten, planen die Forschungsdatenzentren neben den bereits bestehenden Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen in Berlin, Bonn und Wiesbaden weitere Arbeitsplätze in allen statistischen Landesämtern einzurichten. An diesen können die Daten mit den gängigen statistischen Analyseprogrammen (SAS, SPSS, STATA) ausgewertet werden.

4. Nutzung amtlicher Mikrodaten durch kontrollierte Datenfernverarbeitung

Die Datennutzung via Datenfernverarbeitung ist eine relativ neue Entwicklung, deren Bedeutung in der Zukunft zunehmen wird. Mit diesem Verfahren ist es der Wissenschaft möglich, das Informationspotenzial von nur formal anonymisiertem Mikrodatenmaterial zu nutzen, ohne jedoch selbst direkten Zugriff auf diese Daten zu haben. Die Wissenschaftler entwickeln dabei Auswertungsprogramme (Syntax-Skripte), die dann von den Mitarbeitern der Forschungsdatenzentren an den Originaldaten angewendet werden. Diese Datendienstleistung wird zurzeit in den Programmen SPSS, SAS und STATA angeboten. Die Datenfernverarbeitung ist im Gegensatz zu den Scientific Use Files nicht auf einen bestimmten Personenkreis beschränkt und bietet daher auch für ausländische Wissenschaftler und für den nichtwissenschaftlichen Interessentenkreis eine Möglichkeit, Mikrodaten der amtlichen Statistik zu nutzen.

Zur praktikablen Anwendung der Datenfernverarbeitung stellen die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Datenstrukturfiles zur Verfügung, die es den Nutzern ermöglichen, ihre Auswertungsprogramme auf die Struktur der Originaldaten abzustimmen. Diese Datenstrukturfiles geben die Datenstruktur des originären Datensatzes wieder, ohne inhaltliche Informationen zu transportieren.

Derzeit ist die Datenfernverarbeitung ein relativ arbeitsaufwändiges Verfahren, da die Programmsyntax vorab auf Deanonymisierungsstrategien und der Datennoutput anschließend auf Geheimhaltungsfälle überprüft werden müssen. Bisher müssen diese Schritte manuell durchgeführt werden. Zwar liegen mittlerweile auch erste automatisierte Verfahren für diese Prüfungen vor, jedoch ist auch mit diesen Lösungsansätzen derzeit noch keine vollständige Automatisierung der Datenfernverarbeitung möglich.

Ein wesentliches Ziel der Forschungsdatenzentren besteht darin, Verfahren zu entwickeln, die eine stärkere Automatisierung der Datenfernverarbeitung erlauben.

Mit den Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen und der Datenfernverarbeitung stehen der Wissenschaft, neben

den Scientific Use Files, zwei weitere Möglichkeiten für den Zugang zu Mikrodaten der amtlichen Statistik offen. Diese können auch miteinander kombiniert werden. Unabhängig davon, welche Möglichkeit des Datenzugangs gewählt wird, unterliegt die Datenbereitstellung, abgesehen von den Public Use Files, allerdings einer Zweckbindung. Dies bedeutet, dass die Mikrodaten nicht für allgemeine Forschungszwecke zur Verfügung gestellt werden können, sondern nur für ein definiertes und zeitlich begrenztes Forschungsvorhaben.

Sonderaufbereitungen

Neben den dargestellten Datennutzungsweegen besteht für alle Nutzergruppen weiterhin die Möglichkeit, Sonderaufbereitungen in Auftrag zu geben. Hierbei handelt es sich um Datenauswertungen, die auf den speziellen Informationsbedarf eines bestimmten Nutzers zugeschnitten sind und nicht oder nur unzureichend mit den sonstigen Datennutzungsweegen umgesetzt werden können. Im Gegensatz zur kontrollierten Datenfernverarbeitung werden die Auswertungsprogramme nicht von den Nutzern, sondern von der amtlichen Statistik erstellt.

Datenbedarf der Wissenschaft und Nutzungspräferenzen

Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder streben an, ihr Dienstleistungsangebot dem wissenschaftlichen Bedarf entsprechend weiterzuentwickeln und befragen daher regelmäßig potenzielle Nutzer nach ihren Präferenzen. Um den konkreten Datenbedarf der Wissenschaft bei der Entwicklung des Dienstleistungsangebotes zu berücksichtigen, hat das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter im Sommer 2002 eine Nutzerbefragung durchgeführt

Von den 700 befragten Wissenschaftlern gaben immerhin knapp 600 an, dass sie im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit Mikrodaten nutzen oder zukünftig benötigen werden. Da der in der Umfrage angegebene Datenbedarf fachlich sehr breit gestreut ist, werden sich die Forschungsdatenzentren nicht auf die Bereitstellung einzelner weniger Statistiken konzentrieren können, sondern müssen mittelfristig ein breites Datenangebot bereithalten.

Bezüglich der angebotenen Datennutzungswege weist die Befragung auf eine eindeutige Präferenz für die Nutzung von faktisch und total anonymisierten Daten am eigenen Arbeitsplatz hin, während die Arbeit an den Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen und die kontrollierte Datenfernverarbeitung zum Befragungszeitpunkt kaum auf das Interesse der Wissenschaft stießen. Es wird jedoch nicht möglich sein, alle relevanten Erhebungen der amtlichen Statistik als anonymisierte Datensätze anzubieten. Die Forschungsdatenzentren planen daher, die Attraktivität der alternativen Nutzungswege durch deren nutzungsgerechte Ausgestaltung deutlich zu steigern. Insbesondere die Einrichtung von Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen in allen regionalen Standorten der Forschungsdatenzentren wird die regionale Erreichbarkeit des Dienstleistungsangebots der amtlichen Statistik deutlich verbessern, so dass der Zugang zu den Mikrodaten wesentlich erleichtert wird.

Ausblick

Durch die beschriebene Weiterentwicklung der Dateninfrastruktur und die Einrichtung unterschiedlicher Datennutzungswege wird die Mikrodatenbasis für wissenschaftliche Analysezwecke entscheidend verbessert werden. Die Diskussion um den Zugang der Wissenschaft zu dem Informationspotenzial der öffentlichen Datenproduzenten ist jedoch mit der Einrichtung von Forschungsdatenzentren bei den unterschiedlichen öffentlichen Datenproduzenten nicht abgeschlossen. Zukünftige Fragen des Datenzugangs betreffen neben grundsätzlichen Regelungen insbesondere auch die Bereitstellung international vergleichbarer Mikrodaten.

Die Diskussion um eine grundsätzliche Regelung des Datenzugangs wird vom Gründungsausschuss des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten unter dem Begriff des „Forschungsdatengeheimnisses“ geführt. Der Vorschlag des Gründungsausschusses sieht vor, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Datenproduzenten gleichgestellt werden und somit weiter gehende Rechte zur Nutzung der Mikrodaten als bisher erhalten sollen. Gleichzeitig sollen ein Zeugnisverweigerungsrecht sowie ein Beschlagnahmeverbot den unbefugten Zugriff auf Mikrodaten, die bei den Wissenschaftlern gespeichert sind, verhindern.

Ein wesentliches Problem, Mikrodaten für die international vergleichende wissenschaftliche Forschung zu nutzen, besteht darin, dass in den einzelnen Ländern der Mikrodatenzugang sehr unterschiedlich geregelt ist. Dadurch ist die Beschaffung verschiedener nationaler Mikrodaten mit einem recht hohen Aufwand verbunden. Erste Ansätze, den Datenzugang zu den Erhebungen der Europäischen Union zu vereinheitlichen, wurden mit den Verordnungen Nr. 322/97 und 831/2002 für Gemeinschaftsstatistiken unternommen. Mit diesen Verordnungen wird die länderübergreifende Bereitstellung von Mikrodaten der Arbeitskräfteerhebung, des Europäischen Haushaltspanels, der Erhebung über die berufliche Weiterbildung und der Innovationserhebung der Gemeinschaft angestrebt. Die Umsetzung dieser Verordnungen wird jedoch zurzeit dadurch erschwert, dass die dort vorgesehenen Regelungen teilweise den nationalen Regelungen in den Ländern der Europäischen Union widersprechen.

Aufgrund der dargestellten Entwicklungen ist davon auszugehen, dass sich die Datenzugangsmöglichkeiten der Wissenschaft auch zukünftig weiterentwickeln werden. Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder werden sich an diesem Prozess durch eigene Ausgestaltungsvorschläge weiterhin intensiv beteiligen.

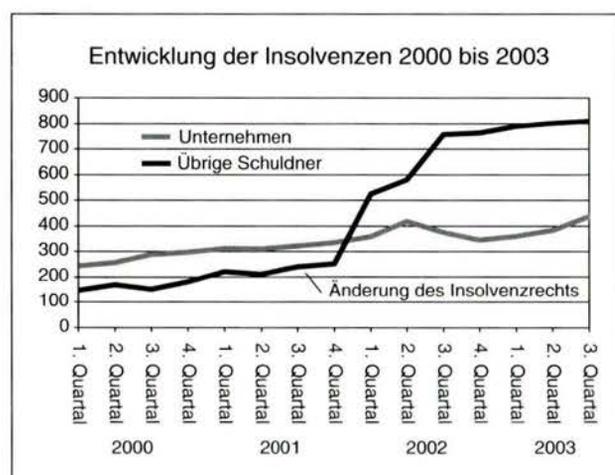
Dr. Sylvia Zühlke
Diplom-Sozialwirt Sebastian Scharnhorst
(Geschäftsstelle des Forschungsdatenzentrums
der Statistischen Landesämter)

Diplom-Volkswirt Markus Zwick
Diplom-Soziologe Thomas Wende
(Forschungsdatenzentrum des Statistischen
Bundesamtes)

Unternehmensinsolvenzen in den ersten drei Quartalen 2003

– Anstieg im Jahresverlauf deutet nicht auf Entspannung hin –

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz ist in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres nur geringfügig gestiegen. Die Gerichte entschieden von Januar bis September 2003 über insgesamt 1 182 Insolvenzanträge von Unternehmen, das waren 29 oder knapp 2,5% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahlen liegen aber deutlich über denen der Jahre 2000 und 2001; auch die Tatsache, dass die Zahlen von Quartal zu Quartal angestiegen sind, deutet nicht auf eine Entspannung hin: Von Januar bis März entschieden die Gerichte 360 Fälle, von April bis Juni 384 Fälle, von Juli bis September waren es 438 Fälle. Die Zahl der Insolvenzen lag damit im dritten Quartal 2003 über dem bisherigen Höchstwert vom zweiten Quartal 2002 (419). Im Bundesvergleich fällt die Zunahme der Insolvenzen im bisherigen Jahresverlauf noch moderat aus. Von Januar bis September 2003 hatte es bundesweit 29 824 Unternehmensinsolvenzen gegeben, 6% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.



Baugewerbe nach wie vor stark betroffen

Mit insgesamt 293 Unternehmen war das Baugewerbe in Rheinland-Pfalz in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres weiterhin am stärksten von Insolvenzen betroffen; die Zahl lag allerdings um 26 bzw. gut 8% unter der des Vorjahres. Dagegen nahm die Zahl der Insolvenzen im Handel um 13 auf 246 und im Gastgewerbe um 14 auf 95 zu. Im Bereich Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen (214) sowie im verarbeitenden Gewerbe (145) lagen die Zahlen der Insolvenzen nur wenig über den Vorjahreswerten. Die Hälfte aller insolventen Unternehmen wurde in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt, rund 40% der Verfahren betrafen Einzelunternehmen, Freie Berufe und Kleinunternehmen.

Weitere Zunahme bei Verbraucherinsolvenzen

Bei den so genannten „übrigen Schuldner“ betrug der Anstieg in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres knapp 30%. Auf diese Schuldnergruppe entfielen mit insgesamt 2 399 Fällen mehr als zwei Drit-

tel der Insolvenzverfahren. Insbesondere die Insolvenzen von Verbrauchern und ehemals selbständig Tätigen nahmen nochmals zu – die Entwicklung in diesen beiden Gruppen wird weiterhin von einer Änderung des Insolvenzrechts im Dezember 2001 beeinflusst, das die Hürden für den Schritt in die Privatinsolvenz niedriger gemacht hat (siehe Grafik).

Bei 1 352 der „übrigen Schuldner“ handelte es sich um Verbraucher, die die Möglichkeit zur Entschuldung durch ein vereinfachtes Verbraucherinsolvenzverfahren nutzten. Das waren 461 oder rund 52% mehr als im Vorjahreszeitraum. Ebenso stark gestiegen – um 53% auf 892 – ist die Zahl der Insolvenzen von ehemals selbständig Tätigen. Weitere 104 Verfahren betrafen Nachlässe und 51 Anträge wurden von natürlichen Personen als Gesellschafter gestellt.

Die ermittelten offenen Forderungen lagen mit 1,17 Mrd. Euro knapp 6% unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Fast 70% der Gläubigeransprüche wurden gegenüber Unternehmen geltend gemacht, die durchschnittliche Forderungssumme lag hier mit knapp 688 000 Euro deutlich unter dem Wert des Vorjahres. Der Großteil der insgesamt 3 581 Insolvenzverfahren in den ersten drei Quartalen 2003 konnte eröffnet und nur rund jeder fünfte Fall musste mangels Masse abgewiesen werden. Bei gut 8% der Verbraucherinsolvenzverfahren konnte ein Schuldenbereinigungsplan vereinbart und somit die Wirkung eines Vergleichs erzielt werden.

Insolvenzen von Januar bis September 2003

Wirtschaftsbereich Rechtsform	Jan. bis Sept. 2002	Jan. bis Sept. 2003	
		insgesamt	Veränderung
Unternehmen			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	18	28	10
Verarbeitendes Gewerbe	142	145	3
Baugewerbe	319	293	-26
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	233	246	13
Gastgewerbe	81	95	14
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	92	98	6
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	211	214	3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	14	18	4
Erbringung sonstiger öffentlicher und privater Dienstleistungen	37	35	-2
Sonstige	6	10	4
Zusammen	1153	1182	29
Übrige Schuldner			
Natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä.	279	51	-228
Ehemals selbständig Tätige	583	892	309
Verbraucher	891	1352	461
Nachlässe	109	104	-5
Zusammen	1862	2399	537
Insgesamt	3015	3581	566

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2001		2002			2003			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 049 ¹⁾	4 058 ¹⁾	4 050	4 051	4 053	4 056	4 056	4 057	4 057
darunter Ausländer ²⁾	1 000	308 ¹⁾	312 ¹⁾	314	314	315	315	316	317	317
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 717	1 733	2 079	2 086	2 944	2 277	2 071	2 094	2 772
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 982	2 895	2 811	3 186	3 139	2 774	2 894	3 211	2 924
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,9	8,6	8,4	9,3	9,1	8,1	8,7	9,3	8,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 519	3 556	3 394	3 330	3 327	3 346	3 504	3 615	3 955
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,5	10,2	9,7	9,7	9,7	10,5	10,5	11,5
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	13	10	18	9	16	10	9	19
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,3	4,6	3,6	5,6	2,9	5,8	3,5	2,8	6,5
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 537	- 661	- 583	- 144	- 188	- 572	- 610	- 404	- 1 031
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 1,6	- 2,0	- 1,8	- 0,4	- 0,5	- 1,7	- 1,8	- 1,2	- 3,0
Wanderungen ⁸⁾										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 375	9 258	8 832	10 728	11 581	7 676	7 620	9 584	9 502
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 919	2 694	2 683	2 927	3 038	2 267	2 260	2 714	2 350
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 629	7 875	7 575	8 915	9 279	6 455	6 679	8 246	8 450
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 816	1 724	1 686	2 057	2 243	1 576	1 780	2 341	2 059
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	1 746	1 382	1 257	1 813	2 302	1 221	941	1 338	1 052
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	13 180	12 953	11 686	13 988	15 500	11 938	11 974	14 404	13 259
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		1999	2000	2001		2002				
		30.6.		30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 175	1 191	1 194	1 215	1 199	1 194	1 196	1 209	1 188
* Frauen	1 000	507	518	525	535	533	534	532	538	535
* Ausländer/-innen	1 000	75	77	78	78	75	75	76	77	72
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	170	184	193	194	195	198	201	201	203
* darunter Frauen	1 000	153	162	169	170	171	174	176	175	177
davon nach Wirtschaftsgliederung										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	13	14	12	13	14	14	12
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	360	361	358	360	356	353	351	353	347
* Baugewerbe	1 000	93	92	88	91	86	83	85	87	81
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	264	268	268	275	272	271	271	275	268
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	127	134	138	142	139	140	141	144	142
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	317	322	327	332	333	334	334	336	338

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2003 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Zu- bzw. Fortzüge über die Landesgrenze ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Arbeitsmarkt	Einheit	2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Arbeitslose	Anzahl	134 801	143 665	138 112	138 421	143 136	152 215	145 933	144 362	146 972
* Frauen	Anzahl	61 894	63 014	61 792	61 832	63 145	67 190	64 281	63 476	63 823
* Männer	Anzahl	72 907	80 651	76 320	76 589	79 991	85 025	81 652	80 886	83 149
darunter										
Bauberufe	Anzahl	7 009	7 723	6 398	6 516	7 063	6 766	6 507	6 543	7 101
industrielle u. handw. Berufe	Anzahl	37 562	41 323	39 056	38 990	40 657	42 883	40 987	40 518	41 487
* Arbeitslosenquote ¹⁾	%	7,6	8,0	7,6	7,7	7,9	8,4	8,1	8,0	8,1
* Frauen	%	7,6	7,5	7,4	7,4	7,5	7,9	7,6	7,5	7,5
* Männer	%	7,6	8,3	7,9	7,9	8,3	8,8	8,5	8,4	8,6
* Ausländer/-innen	%	15,7	17,1	16,1	16,4	17,3	16,5	16,3	16,5	17,2
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,3	7,9	7,6	7,1	7,3	9,0	7,7	7,1	7,0
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	3 296	7 897	7 658	8 537	7 894	7 335	8 350	7 614	8 274
* Gemeldete Stellen	Anzahl	32 008	31 083	30 243	23 248	21 885	29 961	26 307	19 327	18 152
darunter										
Bauberufe	Anzahl	654	579	621	531	453	577	537	423	316
industrielle u. handw. Berufe	Anzahl	7 162	6 172	6 399	5 680	5 097	6 555	6 543	5 580	4 645
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	757	802	619	771	743	855	603	930	860
* davon mit ...										
1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	718	768	585	737	713	817	575	882	825
3 und mehr Wohnungen ²⁾	Anzahl	40	35	34	34	30	38	28	48	35
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	3	3	1	1	1	-	-	1
Unternehmen	Anzahl	102	96	48	133	80	133	71	108	165
private Haushalte	Anzahl	653	703	568	637	662	721	532	822	694
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 065	1 084	825	1 143	932	1 265	844	1 278	1 124
* Umbauter Raum	1 000 m ³	768	783	615	774	671	880	604	901	782
* Wohnfläche	1 000 m ²	137	141	109	142	123	158	110	164	146
Wohnräume	Anzahl	5 948	6 159	4 841	6 182	5 342	6 855	4 696	7 278	6 389
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	173	176	136	171	152	202	138	206	177
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	161	139	122	146	145	161	119	159	126
davon										
öffentl. Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	18	15	16	16	13	14	14	19	18
Unternehmen	Anzahl	137	116	103	121	123	139	98	131	106
private Haushalte	Anzahl	6	8	3	9	9	8	7	9	2
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	31	33	11	8	11	19	11	9	11
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 051	778	485	1 159	1 251	740	532	825	609
* Nutzfläche	1 000 m ²	148	119	73	152	157	110	86	127	91
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	95	82	49	125	110	77	55	88	58
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 227	1 239	956	1 222	1 029	1 450	969	1 476	1 248
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 929	7 147	5 793	7 078	6 102	7 963	5 515	8 412	7 252

1) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 2) Einschließlich Wohnheime.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 934	10 434	9 320	10 154	11 305	9 867	9 399	10 962	11 720
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 678	2 801	2 592	2 549	3 436	2 324	2 212	2 757	3 240
* Kälber	t	25	22	19	17	25	12	13	19	21
* Schweine	t	8 099	7 511	6 615	7 508	7 744	7 460	7 104	8 110	8 368
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	13 029	10 321	10 267	10 165	10 391	9 382	9 096	9 082	9 224
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	62 436	62 988	63 426	60 005	60 474	67 079	62 904	61 216	62 571
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 390	2 384	2 375	2 374	2 373	2 261	2 260	2 258	2 249
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	301 466	296 590	297 688	297 305	295 917	288 962	290 249	290 300	289 061
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	192 058	186 727	187 567	186 712	185 492	181 190	181 831	181 425	180 406
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	1 000 h	37 553	33 535	37 614	38 369
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	900	892	839	841	855	856	834	853	854
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	472	464	441	439	455	442	430	444	447
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	429	429	398	402	400	414	403	409	407
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 160	5 183	4 924	5 351	5 391	5 334	4 626	5 432	5 655
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	.	2 748	2 642	2 816	2 805	2 867	2 400	2 822	2 994
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	1 362	1 199	1 448	1 463	1 384	1 191	1 487	1 504
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	116	107	129	124	94	103	126	148
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	956	976	959	999	988	932	997	1 008
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 550	1 590	1 508	1 545	1 507	1 629	1 359	1 557	1 728
Fahrzeugbau	Mill. EUR	717	710	597	793	838	741	642	835	884
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 176	2 263	2 068	2 298	2 328	2 349	1 969	2 349	2 507
Exportquote ⁸⁾	%	42,2	43,7	42,0	42,9	43,2	44,0	42,6	43,2	44,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	96,5	99,5	93,1	101,1	108,5	103,3	90,1	100,8	108,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	94,9	98,5	93,5	100,5	105,8	104,0	86,5	98,6	106,6
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	96,8	99,6	90,6	100,3	109,6	104,1	96,8	102,5	106,5
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	105,0	89,2	80,4	83,4	101,3	84,9	74,1	88,0	120,7
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	102,2	109,4	105,8	115,3	124,5	102,8	91,9	113,4	118,6
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	94,0	102,6	95,5	104,7	110,6	106,9	88,2	100,0	109,7
Fahrzeugbau	2000=100	92,2	97,8	91,2	99,2	110,1	107,5	109,1	105,5	108,0
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	86	85	85	85	87	87	87	87
* Beschäftigte ³⁾⁴⁾	Anzahl	10 855	10 936	10 961	11 008	10 975	10 516	10 559	10 643	10 572
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	.	1 394	1 351	1 410	1 457	1 420	1 223	1 416	1 412
* Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	33	34	31	31	40	32	31	31	40
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	600	542	266	376	618	558	419	622	777
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	585	530	258	361	606	546	403	603	756

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Bis 2002 geleistete Arbeiterstunden, ab 2003 geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Baugewerbe	Einheit	2001	2002				2003			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	44 678	42 573	43 150	42 629	42 322	39 695	40 028	40 018	39 644
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 494	4 142	4 502	4 703	4 680	4 845	3 821	4 711	4 668
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 805	1 579	1 706	1 727	1 715	2 020	1 453	1 855	1 855
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 154	1 083	1 098	1 169	1 218	1 088	954	1 142	1 124
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 535	1 480	1 698	1 807	1 747	1 737	1 414	1 714	1 689
darunter Straßenbau	1 000 h	695	676	822	861	819	807	643	801	800
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	98	95	100	96	98	95	92	92	93
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	74	71	77	73	75	72	70	71	71
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	24	24	24	23	23	23	22	22	22
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	352	344	369	378	392	392	328	369	409
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	110	107	123	114	118	131	97	119	119
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	103	101	90	117	113	100	87	105	114
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	140	136	155	147	161	161	143	146	176
darunter Straßenbau	Mill. EUR	63	62	76	70	77	68	61	62	72
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe ⁴⁾⁵⁾										
		2001	2002				2003			
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	394	386	388	390	386	378	369	370	368
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	13 850	13 214	13 411	13 228	13 395	12 822	12 143	12 333	12 495
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 194	3 923	3 866	3 971	4 017	3 836	3 536	3 643	3 813
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	89	87	83	86	87	92	75	81	80
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	63	61	58	60	62	64	53	57	58
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	26	26	24	26	25	27	22	23	22
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	290	281	229	269	289	336	198	262	273
HANDEL										
		2001	2002				2003			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Großhandel ^{p 7)}										
* Beschäftigte	2000=100	97,4	91,0	90,5	90,7	89,7	87,1	87,8	87,7	87,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,5	95,8	93,2	94,0	92,5	93,5	96,6	95,7	96,6
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	99,6	93,6	93,7	98,3	103,7	98,4	87,4	101,5	102,9
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	98,5	92,6	92,8	96,4	103,3	97,4	85,4	99,9	102,3
Einzelhandel ^{p 9)}										
* Beschäftigte	2000=100	102,1	101,4	101,4	101,6	101,8	100,2	100,1	100,4	101,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	101,9	103,8	103,9	103,8	104,5	104,8	104,3	104,8	105,6
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	102,3	100,3	98,6	96,6	103,8	100,8	95,3	99,0	104,2
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	100,7	98,8	97,6	95,5	102,6	99,4	94,2	97,8	102,7
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{p 10)}										
* Beschäftigte	2000=100	99,0	100,6	102,5	103,1	102,6	100,8	100,8	101,8	102,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,8	101,8	104,6	104,0	103,7	104,2	105,3	105,1	106,0
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	101,0	101,6	95,9	99,0	112,0	112,8	95,1	104,0	115,5
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	99,3	100,1	94,5	97,4	110,2	110,1	92,7	101,2	112,3
GASTGEWERBE ^p										
* Beschäftigte	2000=100	100,6	99,8	103,7	103,8	103,7	103,5	104,8	104,4	104,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	99,8	100,6	105,6	105,4	105,2	108,8	110,7	110,5	110,0
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	102,7	100,0	112,0	114,7	110,8	106,8	112,0	111,7	110,6
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	101,0	94,6	105,1	108,4	105,0	99,7	104,4	104,6	103,6

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtsjahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2001		2002			2003			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gästeankünfte	1 000	515	512	651	730	687	631	609	712	704
* darunter von Auslandsgästen	1 000	104	103	154	122	111	159	146	124	117
* Gästeübernachtungen	1 000	1 535	1 499	2 076	2 059	2 015	1 972	2 039	2 041	2 025
* darunter von Auslandsgästen	1 000	299	299	517	338	320	566	488	346	326
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
		2001		2002			2003			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 535	10 279	9 880	10 433	10 643	10 221	10 735	10 553	11 299
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 558	1 548	1 680	1 850	1 875	1 865	1 897	1 784	1 773
* Getötete Personen	Anzahl	26	30	34	27	33	31	32	41	25
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	15	18	24	13	16	15	23	21	10
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	6	11	9	7	4	14	7
Radfahrer	Anzahl	1	2	-	-	2	4	3	2	2
Fußgänger	Anzahl	3	4	2	2	4	2	2	2	5
* Verletzte Personen	Anzahl	2 075	2 043	2 181	2 481	2 376	2 478	2 521	2 337	2 396
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	424	406	446	548	487	503	534	547	466
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	229	202	217	246	208	208	235	234	184
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	88	90	116	136	143	162	155	173	132
Radfahrer	Anzahl	45	49	65	99	64	80	92	91	74
Fußgänger	Anzahl	44	44	30	35	48	34	29	30	42
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 807	15 836	16 300	14 576	15 864	15 145	15 775	11 973	13 249
darunter										
Krafträder	Anzahl	975	889	1 143	873	528	1 325	1 111	928	573
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	14 525	13 776	13 996	12 619	14 118	12 702	13 437	10 025	11 608
* Lastkraftwagen	Anzahl	917	803	741	775	894	731	804	766	768
* Zugmaschinen	Anzahl	200	197	190	164	174	223	226	167	188
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr										
		2001		2002			2003			
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Beförderte Personen	1 000	70 711	71 518	75 930	72 587	64 244	73 310	74 573	74 304	61 477
darunter im allgemeinen Linienverkehr	1 000	66 331	67 500	72 345	68 273	60 305	69 075	70 896	70 301	57 586
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	1 045	1 004	878	1 026	1 040	1 073	870	1 027	995
Binnenschifffahrt										
		2001		2002			2003			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Gütereingang	1 000 t	1 278	1 239	1 379	1 363	1 170	1 253	1 217	1 013	852
* Güterversand	1 000 t	806	785	827	810	800	728	825	648	602
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 137	2 128	2 245	2 066	2 181	2 354	2 388	2 303	2 446
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	135	142	155	139	146	156	162	156	159
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 003	1 986	2 090	1 927	2 036	2 083	2 109	2 044	2 174
* Rohstoffe	Mill. EUR	16	16	15	17	16	20	21	21	15
* Halbwaren	Mill. EUR	83	72	66	65	78	75	87	64	88
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 904	1 898	2 009	1 846	1 941	1 988	2 001	1 959	2 071
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	599	597	619	636	616	624	670	675	775
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 305	1 301	1 390	1 210	1 325	1 365	1 331	1 284	1 296

1) Betriebe ab 9 Betten. – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 549	1 561	1 648	1 488	1 523	1 804	1 830	1 606	1 764
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	1 238	1 246	1 333	1 159	1 217	1 426	1 451	1 276	1 407
Belgien	Mill. EUR	140	134	125	156	136	133	132	127	140
Luxemburg	Mill. EUR	26	24	21	24	21	28	29	27	30
Dänemark	Mill. EUR	31	31	27	31	28	32	31	35	34
Finnland	Mill. EUR	16	16	16	19	23	18	15	17	19
Frankreich	Mill. EUR	292	282	300	251	272	331	350	258	323
Griechenland	Mill. EUR	19	22	27	17	19	22	19	25	26
Großbritannien	Mill. EUR	152	167	191	157	161	182	183	192	186
Irland	Mill. EUR	10	9	7	9	8	10	9	9	11
Italien	Mill. EUR	167	176	200	127	173	201	194	129	189
Niederlande	Mill. EUR	118	121	140	117	118	144	162	145	124
Österreich	Mill. EUR	94	87	87	94	90	108	113	116	109
Schweden	Mill. EUR	34	33	30	31	33	38	42	45	38
Spanien	Mill. EUR	119	126	145	106	118	156	154	134	158
Portugal	Mill. EUR	20	18	17	20	18	22	17	15	20
* Afrika	Mill. EUR	49	47	53	40	63	55	50	45	46
* Amerika	Mill. EUR	249	241	254	244	284	245	233	337	359
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	179	180	188	183	217	174	163	275	298
* Asien	Mill. EUR	274	260	269	271	293	228	251	291	256
darunter nach Japan	Mill. EUR	53	44	52	49	50	36	52	69	46
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	16	18	20	23	19	21	24	23	21
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 480	1 390	1 507	1 383	1 394	1 513	1 534	1 393	1 355
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	136	137	129	130	121	147	130	139	126
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 345	1 253	1 378	1 254	1 273	1 230	1 268	1 131	1 115
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	34	36	45	53	40	42	41	43	45
* Halbwaren	Mill. EUR	197	171	221	164	175	146	191	138	128
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 113	1 047	1 112	1 036	1 058	1 042	1 036	950	942
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	285	264	343	284	251	265	264	247	247
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	828	783	769	753	807	777	771	703	696
*davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 132	1 085	1 195	1 090	1 113	1 242	1 261	1 125	1 072
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	923	864	960	849	892	1 026	1 021	916	852
Belgien	Mill. EUR	146	138	223	151	138	185	183	180	137
Luxemburg	Mill. EUR	24	21	21	18	23	24	25	21	12
Dänemark	Mill. EUR	36	31	25	7	54	24	40	28	11
Finnland	Mill. EUR	6	5	7	5	4	5	5	4	6
Frankreich	Mill. EUR	192	196	181	187	213	243	243	197	203
Griechenland	Mill. EUR	3	3	2	2	3	2	3	3	4
Großbritannien	Mill. EUR	75	65	59	70	52	53	70	58	54
Irland	Mill. EUR	11	11	12	11	7	25	21	13	19
Italien	Mill. EUR	99	95	97	93	83	105	116	102	98
Niederlande	Mill. EUR	179	158	182	183	164	195	160	191	148
Österreich	Mill. EUR	46	43	33	45	41	46	44	38	42
Schweden	Mill. EUR	26	26	40	16	47	35	30	10	46
Spanien	Mill. EUR	62	57	63	48	48	76	68	60	61
Portugal	Mill. EUR	19	15	16	15	16	11	12	10	11
* Afrika	Mill. EUR	34	29	34	23	28	15	21	14	16
* Amerika	Mill. EUR	152	125	115	106	111	115	114	104	133
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	125	105	96	93	80	98	75	86	110
* Asien	Mill. EUR	157	147	157	158	137	133	135	143	129
darunter aus Japan	Mill. EUR	32	30	35	36	30	36	26	31	25
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	4	6	6	5	8	4	7	4
GEWERBEANZEIGEN ²⁾										
		2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 106	3 065	3 001	2 945	2 975
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 626	2 630	2 349	2 320	2 510

1) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird. – 2) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

INSOLVENZEN	Einheit	2001		2002				2003			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	July	Aug.	Sept.	Okt.	
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	184	344	383	362	402	454	385	408	444	
davon											
* Unternehmen	Anzahl	107	125	142	116	112	149	152	137	146	
* Verbraucher	Anzahl	62	106	120	119	142	176	132	162	176	
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl		74	90	101	115	115	91	91	113	
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾											
Nachlässe	Anzahl	15	39	31	26	33	14	10	18	9	
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	69	133	277	130	145	92	99	261	104	
HANDWERK ²⁾		2001		2002				2003			
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	1998=100	90,6	87,3	87,8	86,7	87,3	85,3	80,4	80,4	82,4	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998=100	102,3	93,6	86,7	97,0	93,6	97,2	76,0	88,7	91,1	
PREISE		2001		2002				2003			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Verbraucherpreisindex	2000=100	101,9	103,4	103,2	102,8	103,8	104,3	104,2	104,1	105,0	
VERDIENSTE ⁴⁾		2001 ^r		2002				2003			
		Durchschnitt		April	July	Okt.	Jan.	April	July	Okt.	
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 415	2 465	2 459	2 484	2 500	2 447	2 535	2 559	...	
* Männer	EUR	2 487	2 537	2 532	2 555	2 574	2 514	2 608	2 632	...	
* Frauen	EUR	1 821	1 853	1 839	1 870	1 861	1 880	1 893	1 916	...	
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	14,60	15,00	14,89	15,05	15,13	15,29	15,34	15,48	...	
* Männer	EUR	15,01	15,41	15,29	15,45	15,53	15,73	15,74	15,89	...	
darunter											
Facharbeiter	EUR	16,12	16,51	16,35	16,56	16,64	16,93	16,94	17,10	...	
angelernte Arbeiter	EUR	14,41	14,73	14,63	14,80	14,82	14,96	15,02	15,19	...	
Hilfsarbeiter	EUR	12,13	12,48	12,42	12,54	12,58	12,50	12,58	12,62	...	
* Frauen	EUR	11,23	11,48	11,39	11,54	11,57	11,64	11,67	11,85	...	
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,55	10,66	10,57	10,72	10,73	10,83	10,86	11,03	...	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,0	37,8	38,0	38,0	38,0	36,8	38,0	38,0	...	
Arbeiter	h	38,1	37,9	38,1	38,1	38,1	36,8	38,1	38,1	...	
Arbeiterinnen	h	37,3	37,2	37,1	37,3	37,0	37,2	37,3	37,2	...	
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 475	3 572	3 549	3 586	3 601	3 625	3 640	3 689	...	
* Männer	EUR	3 751	3 849	3 827	3 864	3 877	3 895	3 912	3 960	...	
* Frauen	EUR	2 684	2 776	2 752	2 787	2 806	2 837	2 843	2 899	...	
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 181	3 284	3 264	3 291	3 315	3 358	3 359	3 395	...	
Männer	EUR	3 660	3 779	3 767	3 783	3 806	3 858	3 854	3 874	...	
Frauen	EUR	2 628	2 712	2 690	2 723	2 741	2 774	2 780	2 832	...	
* technische Angestellte	EUR	3 708	3 798	3 772	3 817	3 826	3 831	3 856	3 917	...	
Männer	EUR	3 794	3 882	3 855	3 902	3 910	3 912	3 939	3 999	...	
Frauen	EUR	2 894	3 014	2 988	3 027	3 050	3 071	3 076	3 144	...	
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 592	2 687	2 656	2 698	2 702	2 718	2 734	2 760	...	
* Männer	EUR	2 882	2 982	2 949	2 993	2 996	2 996	3 021	3 047	...	
* Frauen	EUR	2 232	2 303	2 279	2 310	2 319	2 350	2 343	2 367	...	
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 603	2 700	2 674	2 709	2 713	2 727	2 741	2 766	...	
Männer	EUR	2 952	3 060	3 038	3 070	3 069	3 061	3 081	3 105	...	
Frauen	EUR	2 239	2 308	2 283	2 313	2 323	2 356	2 350	2 375	...	
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 030	3 140	3 112	3 152	3 165	3 185	3 208	3 247	...	

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsschädigungen, Auslösungen usw.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2001	2002				2003			
		Durchschnitt	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	109 195	112 680	111 559	112 021	113 379	113 760	115 671	112 720	108 375
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	14 273	13 677	13 955	13 606	13 620	13 528	15 970	13 155	12 693
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 565	10 931	11 135	10 828	10 887	10 873	10 601	10 407	10 490
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	84 358	88 072	86 469	87 587	88 872	89 359	89 100	89 158	85 192
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	102 591	106 124	104 767	105 554	106 865	107 311	109 284	106 612	102 136
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	90 728	93 391	91 869	92 932	94 218	94 544	93 830	93 847	89 272
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	11 863	12 734	12 898	12 622	12 647	12 767	15 454	12 765	12 864
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 604	6 556	6 792	6 467	6 514	6 449	6 387	6 108	6 239
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	77 100	80 199	79 143	79 554	79 752	82 347	82 328	83 542	83 980
Sichteinlagen	Mill. EUR	17 886	20 241	19 459	19 838	20 186	21 481	21 523	22 590	22 381
Termineinlagen	Mill. EUR	23 500	24 329	23 786	24 253	24 306	24 970	25 136	25 576	26 445
Sparbriefe	Mill. EUR	5 568	5 581	5 526	5 578	5 564	5 654	5 373	5 226	5 132
Spareinlagen	Mill. EUR	30 146	30 049	30 372	29 885	29 696	30 242	30 296	30 150	30 022
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	73 842	77 570	76 549	76 880	77 115	79 736	79 774	80 754	81 484
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	71 627	75 384	74 476	74 564	74 968	77 529	77 756	78 360	79 023
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 215	2 186	2 073	2 316	2 147	2 207	2 018	2 394	2 461
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 258	2 629	2 594	2 674	2 637	2 611	2 554	2 788	2 496
STEUERN		2001	2002				2003			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 176	2 053	2 172	1 792	2 183	1 970	2 099	1 931	2 293
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	770	712	894	428	753	702	839	465	797
Lohnsteuer	Mill. EUR	609	615	445	446	802	823	466	466	810
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	119	120	-	-	347	355	-	-	348
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	20	16	267	- 40	- 45	- 33	278	- 45	- 38
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	71	46	14	23	8	26	13	11	4
Zinsabschlag	Mill. EUR	33	25	9	13	29	44	8	11	29
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	12	5	-	-	16	35	-	-	17
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	38	11	160	- 15	- 41	- 159	74	22	- 9
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	1	- 30	-	-	- 15	- 88	-	-	14
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 406	1 340	1 277	1 364	1 430	1 269	1 260	1 466	1 496
Umsatzsteuer	Mill. EUR	368	369	382	375	382	310	370	348	413
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 038	971	895	989	1 048	959	890	1 118	1 084
Zölle	Mill. EUR	104	92	95	102	94	100	107	111	103
Bundessteuern	Mill. EUR	137	111	107	101	89	77	112	114	75
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	95	70	55	73	63	48	63	84	47
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	35	33	45	21	18	21	43	23	20

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch STEUERN	Einheit	2001	2002				2003			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
		2001	2002			2003				
	Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal		
Landessteuern	Mill. EUR	74	74	73	74	70	71	72	76	62
Vermögensteuer	Mill. EUR	1	1	1	2	1	1	1	0	1
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	12	9	11	10	6	7	11	9	7
Grunderwerbsteuer ¹⁾	Mill. EUR	7	13	16	18	14	14	16	16	15
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	37	34	30	32	28	29	30	30	26
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	11	12	8	10	17	17	7	17	10
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	3	0	0	0	3	0	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	3	3	4	4	3	3
Gemeindesteuern	Mill. EUR	373	366	341	364	395	364	303	382	376
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	4	4	5	5	4	4	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	92	95	88	102	104	86	89	103	108
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	238	248	218	234	274	267	201	261	254
Grunderwerbsteuer (Gemeindeanteil) ²⁾	Mill. EUR	30	10	23	12	3	1	1	0	0
sonstige Gemeindesteuern	Mill. EUR	8	8	7	11	8	6	7	12	8
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	583	574	485	553	595	664	414	551	558
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. EUR	177	185	191	170	225	155	154	202	169
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	241	242	155	227	220	367	145	200	239
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	29	29	17	27	30	45	13	28	28
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	573	560	664	451	566	504	587	465	599
Landessteuern	Mill. EUR	74	74	73	74	70	71	72	76	62
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	281	252	343	131	266	232	310	139	285
Lohnsteuer	Mill. EUR	214	211	140	140	291	299	148	148	293
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	8	7	113	- 17	- 19	- 14	118	- 19	- 16
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	30	19	5	9	2	6	3	- 6	- 0
Zinsabschlag	Mill. EUR	14	11	4	6	13	19	4	5	13
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	15	4	81	- 7	- 21	- 79	37	11	- 4
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	203	219	249	202	218	194	206	202	248
Umsatzsteuer	Mill. EUR	137	157	186	148	150	126	146	144	171
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	65	62	63	54	68	69	59	57	77
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	5	6	-	18	5	3	0	23	2
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	1	-	4	1	1	0	4	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	7	6	-	18	5	3	0	18	1
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	-	4	1	1	0	4	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 196	1 103	1 146	992	1 136	1 011	1 111	1 079	1 171
Bundessteuern	Mill. EUR	137	111	107	101	89	77	112	114	75
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	336	307	393	183	318	288	363	200	338
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	717	678	645	690	724	643	636	743	756
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	5	6	-	18	5	3	0	23	2

1) Bis 2001 nur der Landesanteil. – 2) Ab 2002 Restabwicklung. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

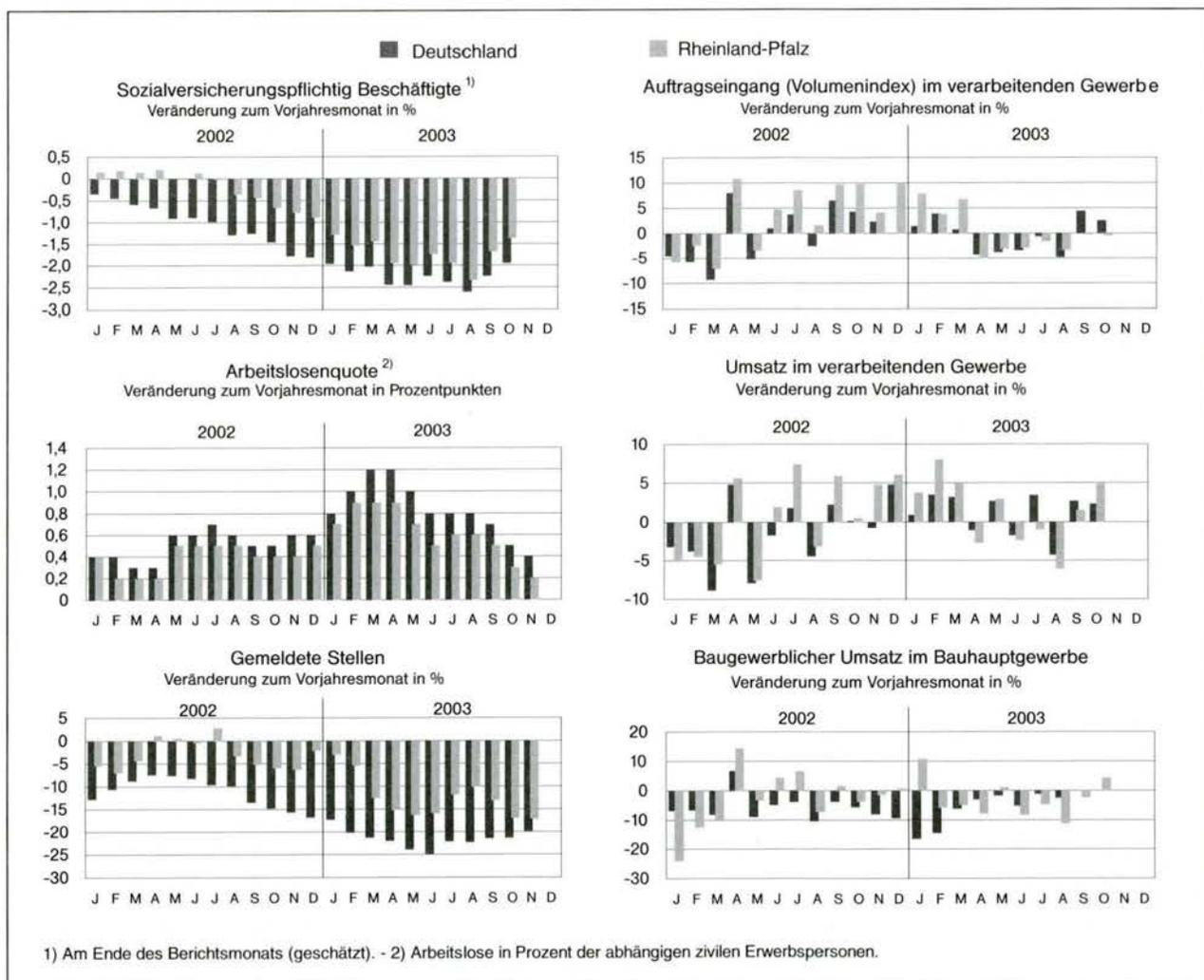
Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

Beschäftigte ¹⁾	Land	Einheit	Sept. 03	Veränderung in % zum		Okt. 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^P am Arbeitsort ²⁾	D	1 000	27 230	1,1	- 2,2	27 233	0,0	- 1,9
	RLP	1 000	1 189	0,8	- 1,7	1 190	0,1	- 1,4
darunter								
verarbeitendes Gewerbe	D	1 000	6 974	0,8	- 2,8	6 958	- 0,2	- 2,6
	RLP	1 000	329	0,4	- 3,1	328	- 0,2	- 2,6
Handel, Verkehr, Dienstleistungen	D	1 000	17 764	1,2	- 1,6	17 794	0,2	- 1,2
	RLP	1 000	751	0,9	- 0,5	753	0,3	- 0,3
Arbeitsmarkt ¹⁾								
			Okt. 03	Veränderung in % ¹⁾ zum		Nov. 03	Veränderung in % ¹⁾ zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
*) bei Arbeitslosenquoten Veränderung in Prozentpunkten								
Arbeitslose	D	Anzahl	4 151 785	- 1,3	5,6	4 184 498	0,8	3,9
	RLP	Anzahl	144 362	- 1,1	4,3	146 972	1,8	2,7
Arbeitslosenquote ³⁾	D	%	10,0	- 0,1	0,6	10,0	0,0	0,3
	RLP	%	7,1	- 0,1	0,2	7,3	0,2	0,2
Arbeitslosenquote ⁴⁾	D	%	11,0	- 0,2	0,5	11,1	0,1	0,4
	RLP	%	8,0	- 0,1	0,3	8,1	0,1	0,2
Jüngere unter 25 Jahre	D	%	8,9	- 1,0	- 0,1	8,6	- 0,3	- 0,5
	RLP	%	7,1	- 0,6	0,0	7,0	- 0,1	- 0,3
Gemeldete Stellen	D	Anzahl	296 967	- 10,0	- 21,4	275 160	- 7,3	- 20,0
	RLP	Anzahl	19 327	- 26,5	- 16,9	18 152	- 6,1	- 17,1
Baugenehmigungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)								
			Sept. 03	Veränderung in % zum		Okt. 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Gebäude (Neubau)	D	Anzahl	14 936	3,3	3,2	15 993	7,1	8,0
	RLP	Anzahl	1 089	50,8	18,8	986	- 9,5	11,0
Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	D	Anzahl	21 112	0,9	3,4	22 418	6,2	9,6
	RLP	Anzahl	1 476	52,3	20,8	1 248	- 15,4	21,3
Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾								
Beschäftigte	D	1 000	6 147	0,0	- 1,1	6 116	- 0,5	- 1,2
	RLP	1 000	290	0,0	- 2,4	289	- 0,4	- 2,3
Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	D	1 000	801 929	14,0	.	825 296	2,9	.
	RLP	1 000	37 614	12,2	.	38 369	2,0	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	120 678	21,8	2,6	120 335	- 0,3	2,4
	RLP	Mill. EUR	5 432	17,4	1,5	5 655	4,1	4,9
Auftragseingang (Volumenindex)	D	2000=100	103,4	20,1	4,4	103,4	0,0	2,5
	RLP	2000=100	100,8	11,9	- 0,3	108,0	7,1	- 0,5
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau)								
Beschäftigte	D	1 000	835	- 0,2	- 6,5	823	- 1,3	- 6,9
	RLP	1 000	40	- 0,0	- 6,1	40	- 0,9	- 6,3
Geleistete Arbeitsstunden	D	1 000	95 947	19,6	- 1,7	94 095	- 1,9	- 4,6
	RLP	1 000	4 711	23,3	0,2	4 668	- 0,9	- 0,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	7 907	6,4	0,2	8 295	4,9	- 0,0
	RLP	Mill. EUR	369	12,5	- 2,4	409	10,8	4,3
Handel und Gastgewerbe ⁶⁾								
Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)								
Beschäftigte	D	2000=100	97,0	0,6	- 1,9	97,2	0,2	- 1,6
	RLP	2000=100	100,4	0,3	- 1,2	101,1	0,7	- 0,7
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	97,6	6,7	0,7	103,7	6,3	- 2,0
	RLP	2000=100	99,0	3,9	2,5	104,2	5,3	0,4

1) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. – 2) Am Ende des Berichtsmonats (geschätzt). – 3) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 4) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Ab Januar 2003 werden anstelle der geleisteten Arbeiterstunden, die geleisteten Arbeitsstunden erhoben. Eine Rückrechnung zur Gewinnung von Vergleichswerten ist nicht möglich.

Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

noch Handel und Gastgewerbe ^{p)}	Land	Einheit	Sept. 03	Veränderung in % zum		Okt. 03	Veränderung in % zum		
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat	
Großhandel (ohne Kfz-Handel)									
	Beschäftigte	D	2000=100	90,8	0,0	- 2,6	90,7	- 0,1	- 2,4
		RLP	2000=100	87,7	- 0,1	- 3,3	87,6	- 0,1	- 2,3
	Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	101,3	15,0	5,6	102,3	1,0	1,1
	RLP	2000=100	101,5	16,1	3,3	102,9	1,4	- 0,8	
Gastgewerbe									
	Beschäftigte	D	2000=100	98,2	0,1	- 2,0	97,0	- 1,2	- 0,9
		RLP	2000=100	104,4	- 0,4	0,6	104,4	0,0	0,7
	Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	101,9	1,4	- 3,6	96,8	- 5,0	- 3,1
	RLP	2000=100	111,7	- 0,3	- 2,6	110,6	- 1,0	- 0,2	
Preise									
				Okt. 03	Veränderung in % zum		Nov. 03	Veränderung in % zum	
					Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
	Verbraucherpreisindex	D	2000=100	104,5	0,0	1,2	104,3	- 0,2	1,3
	RLP	2000=100	104,2	- 0,1	1,0	104,1	- 0,1	1,3	
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
				Aug. 03	Veränderung in % zum		Sept. 03	Veränderung in % zum	
					Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
	Gewerbebeanmeldungen	D	Anzahl
	RLP	Anzahl	
Gewerbeabmeldungen	D	Anzahl	
	RLP	Anzahl	
Unternehmensinsolvenzen	D	Anzahl	3 021	- 15,7	- 8,7	
	RLP	Anzahl	152	2,0	7,0	137	- 9,9	18,1	



Neuerscheinungen im Dezember

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Einbürgerungen in Rheinland-Pfalz 2002
Bestellnr.: A1093 200200

Bildung, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2003 – Lehrerausbildung für allgemein bildende Schulen und berufsbildende Schulen nach dem Stand vom 1. Oktober 2003
Bestellnr.: B3023 200322

Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Wintersemester 2002/2003 und Sommersemester 2003
Bestellnr.: B3053 200300

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Milcherzeugung und -verwendung, Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eierzeugung Juli-September 2003
Bestellnr.: C3053 200343

Weinbestände am 31. Juli 2003
Bestellnr.: C4023 200300

Vorläufige Weinmosternte 2003 – Abschließendes Ergebnis der Ernteberichterstattung im November
Bestellnr.: C2043 200300

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland Anfang Dezember 2003
Bestellnr.: C2013 200304

Ernteberichterstattung über Gemüse und Obst im Oktober 2003
Bestellnr.: C2033 200306

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Bauhauptgewerbe im September 2003 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200309

Ausbaugewerbe im 3. Quartal 2003 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (vierteljährliche Erhebung)
Bestellnr.: E3023 200343

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2002
Bestellnr.: E1063 200200

Umsatz und Beschäftigte im Handwerk im 3. Vierteljahr 2003
Bestellnr.: E5023 200343

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Oktober 2003
Bestellnr.: E1023 200310

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Juni 2003
Bestellnr.: E4023 200306

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Oktober 2003
Bestellnr.: F2033 200310

Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung im April 2002 – Wohnungen und Mieten
Bestellnr.: F2093 200201

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel und im Gastgewerbe im Oktober 2003
Bestellnr.: G1023 200310

Aus- und Einfuhr im September 2003
Bestellnr.: G3023 200309

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im September 2003
Bestellnr.: H1023 200309

Binnenschifffahrt im September 2003
Bestellnr.: H2023 200309

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen in Rheinland-Pfalz – 1. Juli bis 30. September 2003
Bestellnr.: L2023 200343

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im November 2003
Bestellnr.: M1013 200311

Umwelt

Investitionen für Umweltschutz im produzierenden Gewerbe 2001 (ohne Baugewerbe)
Bestellnr.: Q3013 200100

Sonstige Veröffentlichungen

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

CD-ROM: Statistik regional – Ausgabe 2003
Bestellnr.: Z1035C 200300

CD-ROM: Statistik lokal – Ausgabe 2003
Bestellnr.: Z1065C 200300

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450
Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de des Statistischen Landesamtes sind die Veröffentlichungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Neue Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder



**CD-ROM STATISTIK REGIONAL
- Ausgabe 2003 -**

„Statistik regional“ ist eine Datenbank auf CD-ROM, die jährlich aktualisiert wird und jetzt wieder mit neuen Daten vorliegt. Sie bietet Zahlen für das Bundesgebiet, alle Bundesländer, ihre Kreise und kreisfreien Städte sowie gegebenenfalls ihre Regierungsbezirke. Die Daten liegen in aller Regel in Zeitreihen vor, die sich mit jeder neuen Ausgabe erweitern.

Wirtschaftliche und soziale Fakten aus amtlichen Statistiken können für einzelne Regionen in Tabellen zusammengestellt werden. Es sind umfassende Vergleiche z. B. der Kreise und kreisfreien Städte sowie Analysen über die Entwicklung im Zeitablauf möglich.

Das Datenangebot erstreckt sich über Themenbereiche wie Gebiet und Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Gebäude und Wohnungen, Bautätigkeit, Fremdenverkehr, Verkehr, Gesundheitswesen, Unterricht und Bildung, Sozialwesen, Öffentliche Finanzen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Umweltschutz sowie Wahlen.

„Statistik regional“ und „Statistik lokal“ enthalten die Datenbank und die zum Betrieb erforderliche Software sowie Übersichtskarten zur administrativen Gliederung Deutschlands als PDF-Datei. Die Daten sind einfach, schnell und ohne Vorkenntnisse abzurufen. Recherchierte Ergebnisse können nicht nur ausgedruckt, sondern auch mit anderen Programmen leicht weiterverarbeitet werden.

Für beide CD-ROMs werden als Systemvoraussetzungen benötigt: Betriebssystem ab Windows 95 oder NT 4.0, 16 MB RAM (32 empfohlen), 5 MB freier Speicherplatz auf der Festplatte, CD-ROM-Laufwerk 8-fache Geschwindigkeit (32-fache empfohlen), Grafikauflösung 640x480 (800x600 empfohlen).

Der Preis der vollständigen Einzelplatzversion beträgt jeweils 148 Euro zuzüglich Versandkosten. Der CD-ROM liegt ein Gutschein bei, mit dem auf die nächste Ausgabe ein Rabatt von 50% gewährt wird. Attraktiv ist auch der Preis, wenn beide Veröffentlichungen im Abonnement bezogen werden: Die beiden CD-ROMs, Statistik regional plus Statistik lokal, kosten im Kombi-Abonnement 222 Euro.

Detailliertere Informationen zu den Inhalten bieten Übersichten, die im Internetangebot des Statistischen Landesamtes (www.statistik.rlp.de) als PDF-Datei zum Download zur Verfügung stehen.

Neben der Aktualisierung der Tabellen und Definitionen weist Statistik regional 2003 eine erheblich verbesserte Recherche Komponente auf. Zusätzlich zur hierarchischen Suche über Sachgebiete/Themen und Tabellen findet der Nutzer jetzt auch über eine Stichwortsuche die gewünschten Sachverhalte.

Neu

**CD-ROM STATISTIK LOKAL
- Ausgabe 2003 -**

Erstmals ist ab der Ausgabe 2003 auch „statistik lokal“, als Produkt eng verwandt mit Statistik regional, lieferbar. Statistik lokal bietet Gemeindedaten für ganz Deutschland.

Mit Statistik lokal können Gemeindedaten in rund 150 Merkmalsausprägungen analysiert und verglichen werden. Die Ausgabe 2003 bietet grundsätzlich zu den Themenbereichen Fläche, Bevölkerung, Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Gebäude und Wohnungen, Bautätigkeit, Tourismus und Öffentliche Finanzen Daten an.

Online zum kostenlosen Download:

**Sozialhilfe im Städtevergleich – ein Vergleich
76 deutscher Städte**

Diese Gemeinschaftsveröffentlichung ist im Dezember 2003 aktualisiert erschienen und kann über das Statistik-Portal der Statistischen Ämter (<http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/publ.asp>) kostenlos als PDF-Datei abgerufen werden.

Sie gibt einen Überblick über die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den Berichtsjahren 1997 bis 2002 für insgesamt 76 deutsche Großstädte sowie am Beispiel ausgewählter Großstädte über die Zahl der Hilfeempfänger, die nicht erwerbstätig, aber grundsätzlich erwerbsfähig sind. Für Rheinland-Pfalz sind die Städte Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier und Kaiserslautern berücksichtigt.

Die Thematik wird in Text, Tabellen und Schaubildern dargestellt.

kurz + aktuell

Die Preisentwicklung im Dezember

Insgesamt ist der Verbraucherpreisindex im Dezember gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,2% gestiegen. Das war – nach November – der zweithöchste Anstieg im Jahr 2003. Gegenüber dem Monat November hat es eine Steigerung um 0,9% gegeben. Ein Grund dafür sind die Kosten für die Weihnachtsurlaube. Hier schlagen sich Pauschalreisen über die Feiertage sowie Beherbergungsdienstleistungen nieder.

Internet-Erhebung kommt bei der Wirtschaft gut an

„Statistik-Online“, die Datenübermittlung via Internet, ist zehn Monate nach dem Start gut angelaufen. Nach dem gelungenen Start mit den Monatsberichten des verarbeitenden Gewerbes wird die Online-Berichterstattung auf weitere Statistiken ausgeweitet. Neu hinzugekommen sind in jüngster Zeit die vierteljährliche Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen sowie die Statistik der Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände. Über die Homepage des Statistischen Landesamtes www.statistik.rlp.de kann „Statistik-Online“ unmittelbar aufgerufen werden. Auch ein Gastzugang zu Testzwecken steht zur Verfügung.

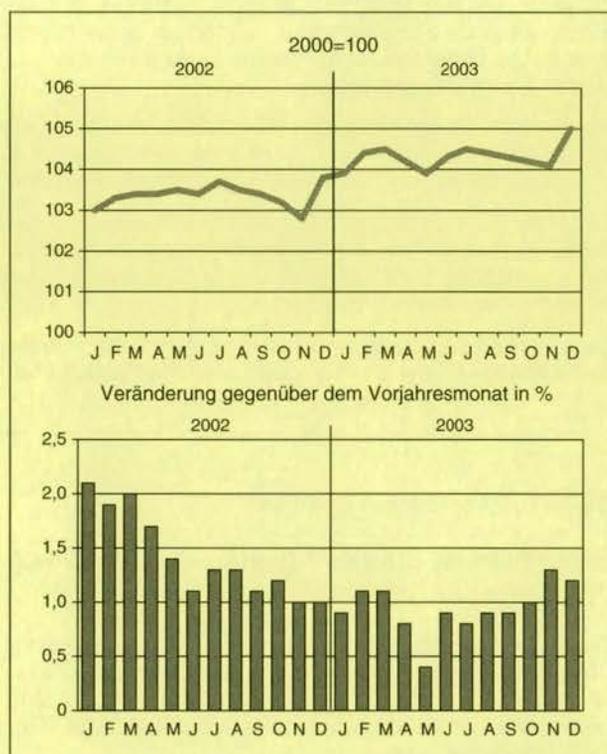
Fahrplan zur Umsetzung von Statistik-Online

Statistik	Periodizität	Möglichkeit der Interneterhebung seit bzw. ab
Monatsbericht für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden	m	Februar 2003
Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen	vj	Oktober 2003
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände	j	Ende Dezember 2003
Jahresbericht für Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden	j	Januar 2004
Natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen)	m	Januar 2004
Monatliche Produktionserhebung	m	Februar 2004
Monatsbericht im Bauhauptgewerbe	m	Februar 2004
Monatsbericht im Einzelhandel	m	März 2004
Monatsbericht im Gastgewerbe	m	März 2004
Vierteljährliche Produktionserhebung	vj	April 2004
Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	vj	April 2004
Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz	j	Mai 2004
Erhebung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	j	Juli 2004

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz nach Güter- und Dienstleistungsgruppen

Güter- und Dienstleistungsgruppen bzw. Lebenshaltung insgesamt	Dezember 2003	Veränderung gegenüber	
	2000=100	Dezember 2002	November 2003
		%	
Güter- und Dienstleistungsgruppen			
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	104,9	1,4	0,3
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	110,6	4,9	0,5
Bekleidung und Schuhe	100,8	1,0	-0,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	105,4	1,6	-
Möbel, Hausrat und laufende Instandhaltung	101,0	-	0,1
Gesundheitspflege	102,6	0,5	0,9
Verkehr	106,6	1,8	-
Nachrichtenübermittlung	96,5	0,7	-0,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,9	-1,5	5,9
Bildungswesen	105,2	1,3	0,2
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	110,1	0,3	4,6
Andere Waren und Dienstleistungen	107,5	1,8	-0,2
Gesamtlebenshaltung			
Verbraucherpreisindex	105,0	1,2	0,9

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz Januar 2002 bis Dezember 2003



Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft EUR 2,10, Jahresabonnement EUR 22,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon 02603 71-2450, Telefax 02603 71-3150, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2003 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.